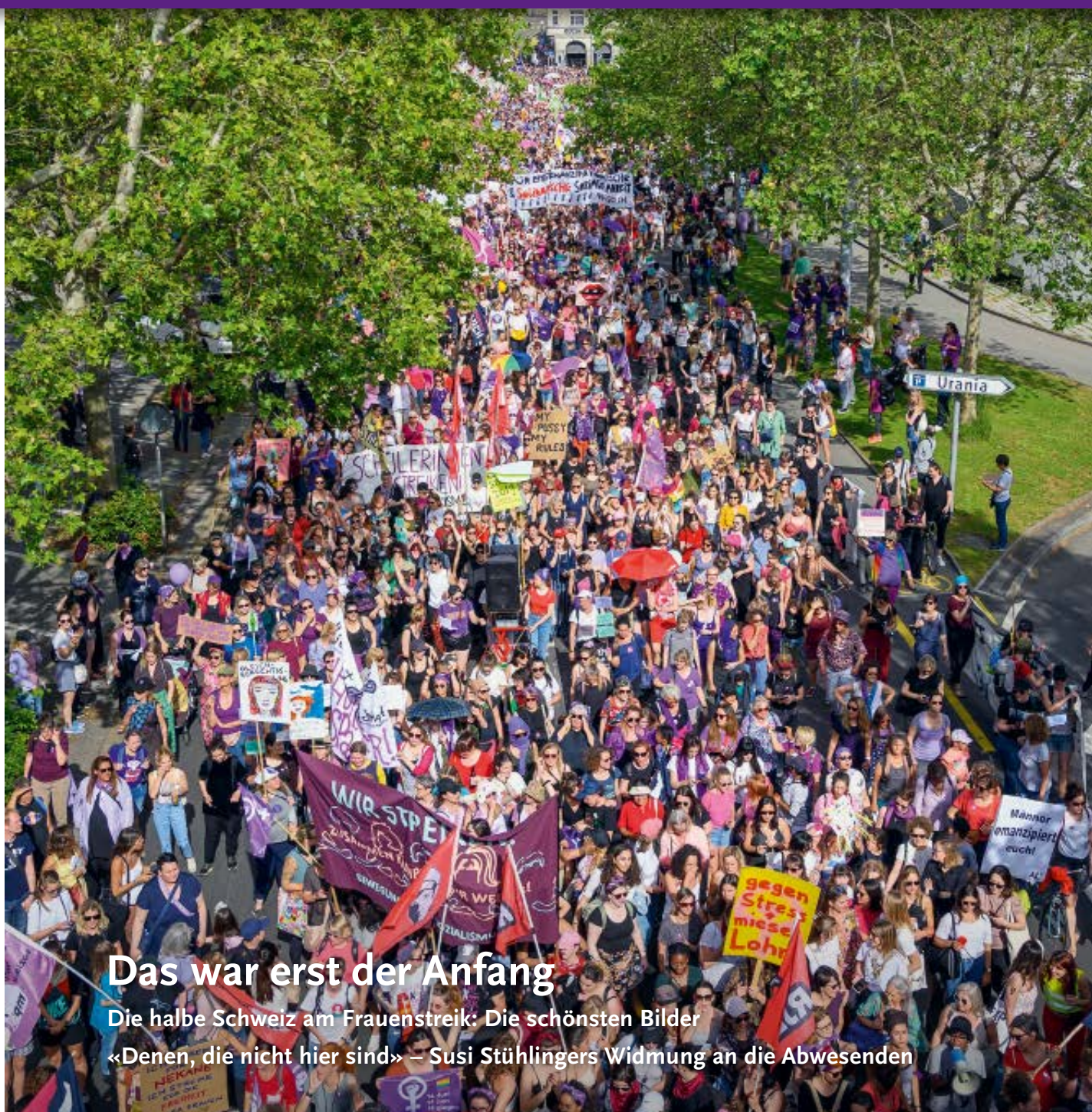


Juli 2019
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD



Das war erst der Anfang

Die halbe Schweiz am Frauenstreik: Die schönsten Bilder

«Denen, die nicht hier sind» – Susi Stühlingers Widmung an die Abwesenden

Als VPOD-Mitglied günstiger ins Theater!

Mit der MemberCard der Schauspielunion Zürich kommen VPOD-GewerkschafterInnen massiv günstiger in den Genuss von Theaterkultur:

- mindestens 2-mal monatlich können mit diesem Ausweis bestimmte Vorstellungen im Schauspielhaus Zürich und im Theater Neumarkt zu einem Rabatt von bis zu 50 Prozent besucht werden.
- Für die übrigen Aufführungen gibt es ausserdem einen generellen Rabatt von 10 Prozent (ohne Premieren und Gastspiele).
- Die Ermässigungen gelten für die Besitzerin oder den Besitzer der MemberCard plus eine Begleitperson.

Weitere Infos: www.schauspielunion.ch

Jetzt die MemberCard bestellen für die Spielzeit 2019/20 zum Preis von Fr. 15.-.

Neue Interessentinnen und Interessenten melden sich bis 31. Juli online an per Formular auf www.schauspielunion.ch.

Bisherige Inhaberinnen und Inhaber der Member-Card werden direkt angefragt, ob sie die Karte für die neue Spielzeit wieder wünschen.

vpod zürich
Regionalsekretariat

Birmensdorferstrasse 67
Postfach 8180
8036 Zürich
Tel. 044 295 30 00
info@vpod-zh.ch



«Was passiert eigentlich, wenn die Katze des Nachbarn meinen Kanarienvogel frisst?»

Jetzt Multi Rechtsschutz abschliessen für nur Fr. 138.– für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod ssp



Solidarité sans frontières

vpod ssp

Die starke Gewerkschaft im Service public

Geflüchtete – Bildung, Integration und Emanzipation

Fachtagung von VPOD und Solidarité sans frontières Deutsch und Französisch

Samstag, 7. September 2019
8.30 bis 16.30 Uhr
Campus Muristalden Bern

Für alle Menschen in der Schweiz ist Bildung sowohl ein Grundrecht als auch ein Grundbedürfnis. Trotzdem bleibt vielen der Zugang versperrt. Obwohl gerade für Geflüchtete Bildung die Möglichkeit bietet, anzukommen und Fuss zu fassen, mangelt es an Angeboten und guten Rahmenbedingungen – Folgen mangelhafter öffentlicher Finanzierung. Anhand von Inputreferaten, Diskussionen und Workshops nehmen wir an der Tagung eine kritische Bestandaufnahme vor und diskutieren Beispiele guter Praxis. Gemeinsam erarbeiten wir Forderungen an die Politik. Ziel der Tagung ist es auch, zum Aufbau einer Lobby beizutragen.

Tagungsbeitrag 100 Franken (für VPOD-Mitglieder 50 Franken) inkl. Essen und Trinken

Informationen: www.vpod.ch/fachtagung-gefluechtete-bildung
Anmeldung: online oder vpod@vpod-ssp.ch

Themen des Monats

- 5** **Ein Stück AHV im BVG**
Reformvorschlag der Sozialpartner für die zweite Säule
- 6–7** **Ein Tiger mit Milchzähnen – immerhin**
Movendo-Tagung zum 100-Jahr-Jubiläum der Internationalen Arbeitsorganisation ILO
- 9** **Historische Weichenstellungen**
Der SEV, Gewerkschaft des Verkehrspersonals, wird 100 Jahre alt
- 10** **«Man stellt sich zur Verfügung»**
Die ehemalige VPOD-Präsidentin Ria Schärer ist mit 95 Jahren gestorben
- 11–20** **Dossier: Frauenstreik 2019**
Mehr als eine halbe Million Menschen mobilisiert:
Grösste Politdemo seit Jahrzehnten
Die halbe Schweiz am Frauenstreik: Die schönsten Bilder
Susi Stühlinger: Denen, die nicht hier sind
Annette Hug: Streiken, um streiken zu können
Hühnerhaut und Rosenblätter in Schaffhausen

Rubriken

- 4** **Gewerkschaftsnachrichten**
- 8** **Aus den Regionen und Sektionen**
- 21** **Sunil Mann:** Eigenverantwortung
- 22** **Wirtschaftslektion:** Negativzinsen: Was tun?
- 23** **Wettbewerb:** Schwarze Stimme
- 24** **VPOD aktuell**
- 25** **Hier half der VPOD:** Ermessenssache
- 22** **Solidar Suisse:** Kürzer leben
- 23** **Menschen im VPOD:** Riccardo Dalla Corte, Forstwart-Vorarbeiter, Leiter Pflanzgarten Uetliberg, Grün Stadt Zürich

Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53
Nr. 6, Juli 2019
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Kleine Anfrage betr. Munotglöggli

Über der schönen Stadt Schaffhausen ganz zusserscht usse und änne-n-am Rhy thront der Munot, die gewaltige Rundbastion. Seiner Bestimmung als Wehranlage gemäss hat man ihn nur einmal, 1799 in der sogenannten Franzosenzeit, gebraucht. Das danach stark rampo-nierte Bauwerk verkam zum Steinbruch. Dann aber trat ein weitsich-tiger Zeichenlehrer auf den Plan, der Schaffhausen sein Wahrzeichen und dem Volkslied ein Sujet rettete.

Der Turm ist bewohnt. Seit 1589 läutet der Munotwächter jeden Abend um 21 Uhr das Munotglöcklein. 5 Minuten lang. Von Hand. Dann werden die Stadttore geschlossen, und in den Wirtschaften wird der Zapfhahn zugehrt. Ganz so streng geht es heute natürlich auch in Schaffhausen nicht mehr zu. Aber das abendliche Läuten gehört immer noch zu den Pflichten des Munotwächters. Daneben kümmert er sich um das Damwildrudel, das im Munotgraben lebt und dessen Platzhirsch traditionell den Namen des Stadtpräsidenten trägt: Auf Felix folgten Max, Marcel, Thomas. Seit 2015 herrscht Peter.

Das Munotamt ist seit 2017 in Frauenhand. Am Frauenstreiktag flat-terte drum auf der Zinne nicht die städtische Fahne mit dem Schaf-bock, sondern eine lilane. Frech: Auch das abendliche Läuten blieb aus am 14. Juni 2019. Damit hat sich die Munotwächterin den Zorn und eine parlamentarische Anfrage von Frau Kobler, SVP, zugezo-gen: «Ist der Stadtrat nicht auch der Meinung, dass das Munotglöggli nicht für politische Zwecke missbraucht werden soll? Welche Fahnen dürfen auf der Munotzinne gehisst werden? Welche Konsequenzen hat das Verhalten der Munotwächterin? Was für eine Signalwirkung wird dieses Fehlverhalten auf die anderen städtischen Mitarbeitenden aussenden?»

Ja gopfridstutz, Frau Kobler, chli stinke mues es. Und überhaupt: Was für eine Signalwirkung hatte eigentlich das Fehlverhalten jenes ande-ren Munotwächters, der das Glöggli nicht für politische, sondern für rein *persönliche* Zwecke missbrauchte, wie wir aus dem Lied wissen? Weil er seinerzeit just während seines Glöcknerdienstes die Freun-din beim Fremdküssen erspähte, bimmelte er in unbeherrschter Wut so doll, dass die Glocke einen Sprung bekam. Kleine Anfrage daher: «Welche Konsequenzen und welche Signalwirkung hatte das Fehlver-halten des Munotwächters?» Immerhin treibt der Klang der Glocke der Bevölkerung seither allabendlich Tränen in die Augen. Angeblich. Und gleich noch eine Anfrage, ein Problem der Zukunft betreffend: «Wie gedenkt der Stadtrat mit den Damhirschen im Munotgraben zu verfahren im Fall, dass das Stadtpräsidium einmal in weibliche Hände gelangt? Wird er das Wild rechtzeitig aufs Matriarchat einschwören können?»



Lohngleichheitsanalysen in der Druckbranche

Der Frauenanteil in der grafischen Industrie ist jüngst zwar gestiegen (auf 35 Prozent); daran, dass Frauen dort rund 18 Prozent weniger verdienen, hat das aber nichts geändert. Jetzt haben sich die Sozialpartner im neuen GAV darauf geeinigt, in den unterstellten Betrieben Lohngleichheitsanalysen durchzuführen. Bis Ende 2021 sollen 10 Prozent der Unternehmen geprüft sein, entweder mittels «Logib» oder mit dem auch für Kleinunternehmen geeigneten «Argib». | *syndicom (Foto: alvarez/iStock)*

Ein M unsozialer

Die Unia kritisiert, dass die Migros-Betriebszentrale in Gossau (SG) 90 Stellen abbauen will. Man erwarte den Verzicht auf Entlassungen. Überhaupt erscheine die Kürzung angesichts stabiler Geschäftszahlen fragwürdig. Weiterer Stellenabbau bedeutet zunehmende Arbeitsverdichtung und mehr Stress für die Zurückbleibenden. Den Sozialplan hat die Migros mit keinem repräsentativen Sozialpartner ausgehandelt; auch das wird von der Unia bemängelt. | *unia/slt*

SRG: Vielfalt statt Zentralisierung?

Erfreut nimmt das Schweizer Syndikat Medienschaffender SSM zur Kenntnis, dass sich der Nationalrat für die Vielfalt der Medienlandschaft und gegen die Zentralisierung der SRG ausgesprochen hat. Die Politik stellt damit den Verwaltungsratsentscheid vom letzten September in Frage, mit dem die SRG einen grossen Teil des Ber-

ner Radiostudios nach Zürich zügeln wollte. Das SSM wertet das als «klares Zeichen für die Medienvielfalt und den Föderalismus in der Medienlandschaft». | *ssm*

ner Radiostudios nach Zürich zügeln wollte. Das SSM wertet das als «klares Zeichen für die Medienvielfalt und den Föderalismus in der Medienlandschaft». | *ssm*

Wohin ist das Vertrauen bei Postauto entschwinden?

Kahlschlag bei General Electric

Die Unia weist die Pläne von General Electric (GE), weitere 450 Stellen in Birr und in Baden zu streichen, zurück. Es brauche von GE endlich ein klares Bekenntnis zum Werkplatz Schweiz und eine langfristige Strategie für ihre hiesigen Niederlassungen. Nach 2016 (900 Stellen) und 2018 (rund 1200 Stellen) wäre dies bereits der dritte massive Abbau bei GE innerhalb von vier Jahren. Man werde im anstehenden Konsultationsverfahren alles daransetzen, die Stellen im Aargau zu erhalten, schreibt die Unia. | *slt/unia*

Keystone-SDA: Dividende trotz Subvention?

Die Ausschüttung einer Dividende an das Aktionariat der fusionierten Foto- und Nachrichtenagentur Keystone-SDA stösst auf Empörung, namentlich bei der Syndicom. 1,4 Millionen Franken verteilen, derweil man die Redaktionen ausdünn und öffentliche Fördergelder von 2 Millionen Franken bezieht? Syndicom weist darauf hin, dass schon vor einem Jahr 12,4 Millionen abgeschöpft und so dem Unternehmen Mittel für Investitionen entzogen wurden. Mehrere Abteilungen der Redaktion sind chronisch unterbesetzt; Zeitdruck und Hektik untergraben den Qualitätsanspruch. | *slt/syndicom*

Postauto: Neuorganisation als Chance

Die Syndicom begrüsst die Neuorganisation bei Postauto, die klarere Verantwortlichkeiten festlegt. Die frühere Holdingsstruktur war aus Sicht der Gewerkschaft mitverantwortlich für viele Fehlentwicklungen, namentlich auch für unbezahlte Arbeiten, Pausen, Wegzeiten und Spesen. Noch immer warten Betroffene auf Rückzahlungen. Jetzt sei die Basis gelegt, das nach dem Subventionsskandal verloren gegangene Vertrauen wieder zu gewinnen, auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. | *syndicom/slt (Foto: DarthArt/iStock)*

Familie Blocher zockt ab

Die traditionelle Lohnschere-Untersuchung der Unia hat ergeben, dass das Verhältnis zwischen höchstem und tiefstem Lohn in den 36 grössten Unternehmen der Schweiz 2018 auf sehr hohem Niveau verharrt: 1:134. Spitzenreiterin ist die UBS, wo der tiefste Lohn 1/267 desjenigen von CEO Sergio Ermotti ausmacht. Laut Unia-Bericht greifen aber auch die Aktionärinnen und Aktionäre kräftig zu, am meisten die Blochers: 2018 zahlte die Familie sich selbst 301,6 Millionen Franken an Dividenden aus – und damit 57,6 Millionen mehr, als die weltweit 3075 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ems-Chemie zusammengerechnet verdienen! | *unia/slt*

Die Sozialpartner präsentieren eine Reform der zweiten Säule, die Teilzeiterinnen und kleinen Einkommen nützt

Ein Stück AHV im BVG

Erste Ernte des Frauenstreiks? Die Sozialpartner haben einen Vorschlag für die zweite Säule vorgelegt, der sich zumal auf Teilzeitarbeitende und überhaupt auf geringe Einkommen positiv auswirkt. Ewiggestrig bleibt der Gewerbeverband: Er ist dagegen. | Text: Natascha Wey und Stefan Giger, VPOD-Zentralsekretariat

Nach dem Scheitern des Projektes «Altersvorsorge 2020», welches die erste und die zweite Säule gleichzeitig reformieren sollte, trennte der Bundesrat die beiden Geschäfte. Bei der AHV hält er an einer – wenn auch für Übergangsgenerationen kompensierten – Erhöhung des Frauenrentenalters fest. Mit der Reform des Pensionskassengesetzes BVG beauftragte er die Sozialpartner. Anfangs Juli haben der SGB, Travail Suisse und der Schweizerische Arbeitgeberverband ihren Kompromiss vorgestellt und dem Bundesrat übergeben. Abseits steht der Gewerbeverband.

Mängel erkannt

Das Pensionskassengesetz (Gesetz über die Berufliche Vorsorge, BVG) hat verschiedene Mängel. Der sogenannte Umwandlungssatz ist der Faktor, mit welchem aus dem Sparkapital die Altersrente berechnet wird. Der gesetzliche Umwandlungssatz von 6,8 Prozent entspricht nicht mehr der heutigen Lebenserwartung. Die meisten Pensionskassen haben – bei viel höheren Sparbeiträgen, daher BVG-konform – längst viel tiefere Sätze in ihren Reglementen stehen (5 Prozent und weniger). Der gesetzliche Umwandlungssatz ist aber zugleich, in Verbindung mit den Mindestsparbeiträgen, eine Minimalgarantie für die Leistung, die eine Pensionskasse erbringen muss. Wird der Umwandlungssatz gesenkt, muss das kompensiert werden.

Frauen sind bisher in der zweiten Säule mehrfach benachteiligt. Sie haben im Schnitt 63 Prozent weniger Pensionskassenrente als Männer – sehr oft sind es nur wenige Hundert Franken Rente pro Monat. Das hängt damit zusammen, dass gemäss BVG nur der Lohnanteil über dem sogenannten Koordinationsabzug von ca. 25 000 Franken versichert werden muss. Bei hohen Einkommen hat dieser Abzug wenig Wirkung; er bestraft aber kleine Einkommen – und ganz besonders die Teilzeiterinnen. Wenn das Einkommen unter 20 000 Franken sinkt, fällt frau sogar ganz aus der Pensionskasse.

Das Sozialpartnermodell für die BVG-Reform bringt nun die Frauen und die sonst Geringverdienenden ein gutes Stück vorwärts:

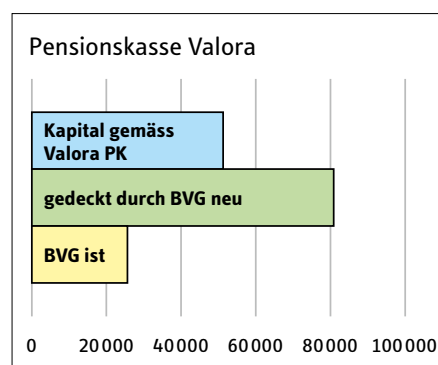
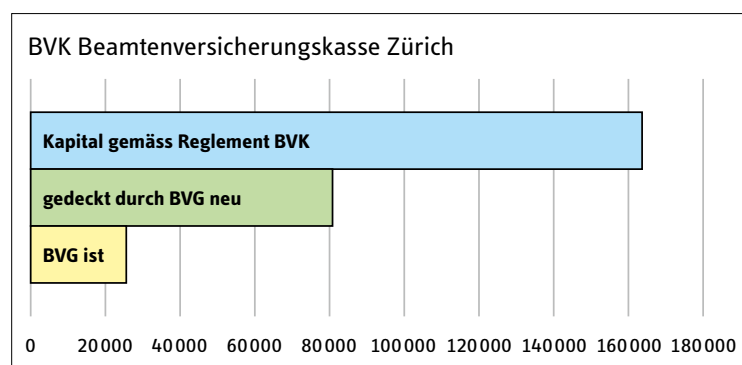
- Mit der Halbierung des Koordinationsabzuges wird ein grösserer Teil des Lohnes in der Pensionskasse nach den BVG-Mindestvorschriften versichert. In den meisten Kassen ändert sich dadurch nichts am Versicherungsumfang, aber die gesetzlichen Mindestgarantien (Zins, Umwandlungssatz) wirken auf einen grösseren Teil. In Kassen mit schlechter Leistung muss die Versicherung dagegen deutlich verbessert werden.
- Die Spargutschriften auf diesem grösseren versicherten Lohn werden anders festgesetzt: Von 25 bis 44 Jahren werden 9 Prozent angespart, ab 45 Jahren bis zur Pensionierung 14 Prozent.
- Der gesetzliche Umwandlungssatz wird

auf 6 Prozent reduziert. Mit den neuen Vorschriften für Koordination und Spargutschriften wird die gesetzliche Mindestleistung dennoch leicht erhöht.

- In der zweiten Säule wird neu im Umlageverfahren (also à la AHV) ein fixer Pro-Kopf-Rentenzuschlag eingeführt. Der ist nötig, damit die rentennahen Jahrgänge, die nach altem System gespart haben, nicht verlieren. In den ersten 5 Jahren nach Senkung des Umwandlungssatzes gibt es für alle Neupensionierten einen lebenslänglichen Zuschlag von 200 Franken pro Monat. Die nächsten 5 Jahrgänge bekommen 150, weitere 5 erhalten 100 Franken. Der Zuschlag fällt vor allem für kleine Renteneinkommen ins Gewicht, wie sie typischerweise sehr viele teilzeitarbeitende Frauen haben.
- In vielen Kassen wird der Koordinationsabzug für Teilzeiterinnen jetzt schon herabgesetzt. Auf dem überobligatorischen Teil kommen die BVG-Vorschriften aber nicht zum Tragen, das bedeutet: weniger Zins, tieferer Umwandlungssatz, weniger Rente. Mit der Senkung des Koordinationsabzuges gibt es auch hier Verbesserungen.

Nichts gelernt

Nichts gelernt hat der Gewerbeverband, dessen Frauenbild im letzten Jahrhundert stecken geblieben ist. Er will nichts wissen von einer Besserstellung der Frauen und präsentiert sein eigenes, ewiggestriges Süppchen.



Beispiel: Teilzeitbeschäftigte mit 50-Prozent-Pensum und Jahreslohn von 30 000 CHF. Die Grafik zeigt, mit wie viel Altersguthaben sie in Rente geht und wie viel davon unter BVG fällt. Kassen wie Valora würden zur Verbesserung gezwungen.

Movendo-Tagung zum 100-Jahr-Jubiläum der Internationalen Arbeitsorganisation ILO

Ein Tiger mit Milchzähnen – immerhin

Dass die ILO seit 100 Jahren existiert, wurde an der Movendo-Tagung in Bern als Erfolgsgeschichte gefeiert. Nicht ohne kritische Untertöne allerdings: ein zahnloser Tiger, der viel heisse Luft absondert? Einige Kinderkrankheiten hat der Tiger abgelegt. | Text: Christoph Schlatter (Fotos: Lewis Hine und ILO)



Im Kampf gegen Kinderarbeit (hier ein Bild aus den USA von 1908) setzt die ILO auf Kooperation und Dialog.

Die Tagung des gewerkschaftlichen Bildungsinstituts Movendo stand unter dem Titel «100 Jahre Erfolgsgeschichte» – sie schloss fast direkt an die Jubiläumskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation ILO an, die unter Vorsitz des Schweizer Botschafters Jean-Jacques Elmiger mit einiger Feierlichkeit in Genf abgehalten wurde.

Lehren ziehen

Die ILO ist die einzige «Überlebende» der Versailler Verträge von 1919. Den Völkerbund, gleichzeitig gegründeter UNO-Vorläufer, zerriss es in den weltpolitischen Spannungen der 1930er Jahre. Dagegen bestand die ILO fort und erliess 1944 die Erklärung von Philadelphia: ein Versuch, noch vor Kriegsende die Lehren aus jenen Entwicklungen zu ziehen, die abermals in einen Welt-

krieg geführt hatten. «Arbeit ist keine Ware», sagte die ILO. Weiter hielt sie fest, dass Meinungs- und Vereinigungsfreiheit unabdingbar seien und dass Armut den Wohlstand gefährde – und zwar den Wohlstand *aller*. Auch das tripartite Prinzip – Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Staat wirken zusammen – wurde bekräftigt, dem man bis heute nachlebt. Ausgehend vom Kanton Glarus, der 1846 als erster «Staat» der Welt ein Fabrikgesetz erliess, zeigte Eva Maria Belser, Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Freiburg, die Notwendigkeit einer ILO ebenso auf wie die Mechanismen, die deren Beisskraft reduziert haben: Wenn die Glarner Fabriken durch die Gründung des Bundesstaats 1848 in direkten Wettbewerb beispielsweise mit der Zürcher Textilindustrie geraten, dann bringt ein einseitiges Glarner Verbot der

Kinderarbeit den Zürchern einen unbilligen Vorteil. Also muss die Frage auf eidgenössischem Niveau geregelt werden. Das tat man, 1877, mit dem Fabrikgesetz. International wuchs die Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamer Spielregeln spätestens nach dem Ersten Weltkrieg. 1919, das Gründungsjahr der ILO, kann daher auch als Geburtsstunde einer Weltinnenpolitik gelesen werden.

Was an Gegenläufigem folgte, zeigte Belser ebenfalls: Im Zweifelsfall obsiegten nationale Interessen, etwa jene der Kolonialstaaten, die sich zur Anwendung der Richtlinien allenfalls «zu Hause» bereitfanden – aber nicht in den Kolonien (wo es wegen der Hitze ohne Zwangsarbeit ja wohl nicht gehe). Das internationale Arbeitsrecht war also ein À-la-carte-Angebot. Einheitliche Normen bewirken hier kein einheitliches Recht, immer noch nicht. Auch die Schweiz ratifizierte im Allgemeinen nur gerade das, was sich ohnehin in den nationalen Gesetzen fand.

Innovatives Modell

Zu den «Geburtsfehlern» der ILO gehört der Verzicht auf eine Klausel, welche die unkooperativen Länder vom Welthandel ausgeschlossen hätte. Stattdessen etablierte man ein System von Beschwerde- und Klageverfahren, das aber vorerst kaum genutzt wurde. Ein Meilenstein war die Erklärung der fundamentalen Rechte und Prinzipien bei der Arbeit 1998 – Ausfluss der Erkenntnis, dass man nicht alle der mittlerweile weit über 150 Konventionen unmittelbar durchzusetzen vermöge und sich daher auf die wichtigsten beschränke: Verbot der Zwangs- und Pflichtarbeit sowie der Kinderarbeit und Beseitigung von Diskriminierung.

Aus Belsers Sicht haben sich daher in den letzten Jahrzehnten die ursprünglichen Geburtsfehler der ILO mindestens teilweise ins Positive gekehrt. Die Organisation schickt keine Blauhelmsoldaten in jene Länder, die ihre Konventionen missachten. Wer ein Problem – etwa mit Kinderarbeit – hat, soll das

nicht schamhaft vertuschen, sondern offenlegen. Kooperation und Unterstützung sollen zu schrittweiser Verbesserung der Situation führen. Das letzte Kapitel von Belsers Beitrag trug die Überschrift «Warum die ILO dennoch eine Erfolgsgeschichte ist». Warum denn? Nun, die ILO betreibt tatsächlich in gewisser Weise globale Innenpolitik, sie strebt ernst- und glaubhaft nach sozialer Ausgestaltung von Globalisierungsprozessen. Und sie ist mit ihrem Modell von Dialog und Partizipation innovativ. Innovativer und beweglicher etwa als die UNO, die eine Macht beansprucht, die sie nicht wirklich besitzt.

Informelle Arbeit inklusive

Ist die ILO also doch nicht ganz zahnlos? Ein Tiger mit Milchzähnen vielleicht? Yvonne Zimmermann, Koordinatorin beim Solifonds, der soziale Bewegungen in aller Welt unterstützt, lieferte Illustrationen. Darunter waren Beispiele des Erfolgs: Der Kampf der Hausangestellten führte zu einer ILO-Konvention. Aber auch zwiespältige Exempel: Zwar wurde auch für die industriell-gewerbliche Heimarbeit eine Konvention abgeschlossen. Aber nur 10 Länder haben sie bisher ratifiziert. Zu den Problemen der ILO zählt Zimmermann ferner die Tatsache, dass in einigen Ländern – Beispiel: Algerien – der Platz bei der ILO

Mit Dialog und Unterstützung erreicht die ILO oft mehr als die UNO mit ihren Blauhelmen.

nicht von unabhängigen Gewerkschaften, sondern von staatlichen Marionettengewerkschaften besetzt wird, so dass sich die Stimme der Arbeitnehmenden nicht (oder höchstens im Gaststatus) artikulieren kann.

Eine weitere Schwierigkeit liegt darin, dass die informelle Arbeit, die etwa in Afrika die Hälfte aller Arbeit ausmacht, von den Konventionen oft nicht erfasst wird. Erfreulich anders ist das bei der jüngsten, soeben verabschiedeten Konvention 190 «zur Beendigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt». Eingeschlossen sind hier «erwerbstätige Personen ungeachtet ihres Vertragsstatus, in Ausbildung befindliche Personen einschliesslich Praktikanten, Arbeitskräfte, deren Arbeitsverhältnis beendet wurde, Freiwillige, Arbeitssuchende und Stellenbewerber sowie Personen, die die Befugnisse, Pflichten und Verantwortlichkeiten eines Arbeitgebers ausüben». (Gendersensibilität geht dem Text ab.) Der Geltungsbereich umfasst auch nicht nur Arbeitsstätten im engeren Sinn, sondern ebenso Pausenräume, Garderoben, Unterkünfte. Und die Konvention gilt für die Dienstreise ebenso wie für den Betriebsausflug und fürs Weihnachtessen.

Das Abkommen anerkennt, dass «Gewalt und Belästigungen in der Arbeitswelt eine Menschenrechtsverletzung, eine Bedrohung für die Chancengleichheit, inakzeptabel und mit



100-Jahr-Jubiläum der ILO in Genf: Der Vorsitzende Jean-Jacques Elmiger schliesst die Session.

menschenwürdiger Arbeit unvereinbar» sind. Dabei steht geschlechtsspezifische Gewalt besonders im Fokus. Die ILO-Mitglieder sind gehalten, «ein allgemeines Umfeld von Nulltoleranz zu fördern». Beinahe gescheitert wäre die Verabschiedung an der Frage, ob auch Schwule, Lesben, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle explizit als speziell schutzbedürftig aufzuführen seien; sie wurden letztlich pauschal unter «andere vulnerable Gruppen» subsumiert, weil bei ausdrücklicher Nennung viele afrikanische und asiatische Länder ihre Zustimmung entzogen hätten. Auch dieses Beispiel zeigt, wie langsam es in manchen Fragen geht – aber doch – immerhin – in die richtige Richtung ...

Schwarze Liste rauf und runter

Die Normenkommission der ILO pflegt die 25 Länder, die am grössten gegen ILO-Kernarbeitsnormen verstossen, auf einer schwarzen Liste zu führen. Es war keine geringe Sensation, als kurz vor Beginn der 108. ILO-Konferenz die Schweiz auf dieser Liste auftauchte, wo man sonst Länder wie Weissrussland oder Sierra Leone findet. Ausgerechnet der Gastgeberstaat der ILO. Und ausgerechnet zum 100-Jahr-Jubiläum. Der Grund ist altbekannt: Die Schweiz hat seit Jahren die von ihr ratifizierte ILO-Konvention 98 nicht umgesetzt, die Arbeitnehmende vor gewerkschaftsfeindlicher Kündigung schützen soll, also etwa gewählte Personaldelegierte oder Vertreterinnen in Pensionskassen davor, dass man sie mit blosser Kündigungsdrohung «gefügig» macht. Wenn man Organisierte einfach so rausschmeissen kann, lässt sich die Entstehung und/oder die

Wirksamkeit von Gewerkschaften schon im Ansatz untergraben.

Die Aufforderung der ILO, die Maximalstrafe für missbräuchliche antigewerkschaftliche Kündigung von heute 6 auf wenigstens 12 Monatslöhne heraufzusetzen und in extremen Fällen – analog zum Gleichstellungsgesetz – die Wiedereinstellung vorzusehen, blieb seit Jahren unberücksichtigt, trotz mehrfachen Nachhakens der Gewerkschaften. Der Paukenschlag hatte nun aber Wirkung: Bundesrat Guy Parmelin schlug in der lange hängigen Frage eine Mediation zwischen den Sozialpartnern vor. Aus Sicht von SGB-Zentralsekretär Luca Cirigliano ist der Vorgang ein gutes Beispiel dafür, wie die Instrumente der ILO wirken. Und wie sie helfen können, eine Situation zu dynamisieren – eben ohne dass «Blauhelme» in den «Schurkenstaat» geschickt werden.

Die Gewerkschaften haben sich mit dem skizzierten Vorgehen einverstanden erklärt, weshalb die Schweiz umgehend wieder von der schwarzen Liste verschwand. Jetzt werden sich die Sozialpartner mit einer noch zu benennenden Persönlichkeit 12 Monate lang über das Thema auseinandersetzen. Der Arbeitgebervertreter an der Tagung, Blaise Matthey, warnte zwar vor überzogenen Erwartungen und betonte, dass eine Mediation nicht mit einer Schlichtung gleichzusetzen sei. «Den Bogen nicht überspannen», riet er den Gewerkschaften. Luca Cirigliano dagegen hielt fest, dass der SGB substanzielle Fortschritte im Dossier erwartet, «sonst werden wir wieder in Genf vorstellig werden – und eines Tages dann auch in Strassburg». Jean-Jacques Elmiger, jeder Zoll ein Diplomat, sieht die Sozialpartner «auf dem Weg zu einer konstruktiven Lösung». | slt



Hitzewelle: Massnahmen treffen

Angesichts der Hitzewelle – es dürften weitere in diesem Sommer folgen – verlangt der VPOD angemessene Massnahmen. Der VPOD Tessin hat Kenntnis von unzumutbaren und gesundheitsgefährdenden Bedingungen bei der Sozialpsychiatrie in Mendrisio und bei der Fahrzeugkontrolle in Camorino. Er verlangt für diese exponierten Arbeitsplätze Massnahmen zum Gesundheitsschutz. Dazu gehört, überhaupt erst die nötigen Messinstrumente wie Thermo- und Hygrometer zur Verfügung zu stellen. Bei einer gefühlten Temperatur von 41 Grad und mehr müssten die Arbeiten eingestellt werden, schreibt der VPOD. – Bei den Basler Verkehrsbetrieben BVB sind kurze Hosen für Männer erst ab 2020 Uniformbestandteil; VPOD-Sekretärin Kerstin Wenk fordert für diesen Sommer die Zulassung von kurzen Hosen aus privaten Beständen – die BVB ist einverstanden. | *slt* (Foto: *trabantos/iStock*)

Zürcher Kita-Personal fordert GAV

Mit über 3600 Unterschriften von Betreuungspersonen und Eltern ist die Petition «Weil Kinder mehr Zeit brauchen» an die Bildungsdirektion des Kantons Zürich übergeben worden. Sie fordert, dass anständige Arbeitsbedingungen zu den Voraussetzungen für eine Kita-Bewilligung gehören. Es braucht einen GAV, der Regeln etwa zu den Betreuungsschlüsseln enthält. Hinreichend bekannt ist auch das Dauerproblem der vielen Praktikantinnen, die im Kita-Bereich mit der vagen Hoffnung auf eine Ausbildungsstelle beschäftigt werden. Nur mit gut ausgebildetem und gut bezahltem Personal kann sich Qualität in der Kinderbetreuung etablieren. Leider sind diese zentralen Fragen bei der Überarbeitung der Kita-Verordnung ausgespart geblieben. | *vpod*

Hitze: Tessin muss Arbeitnehmende schützen.

Ferien: Opfikon gewährt eine Zusatzwoche.

Umkleiden ist Arbeitszeit: Jetzt wird geklagt

Die Spitäler im Kanton Zürich bauen ständig neue Luxusbettenhäuser und geben Millionen für Logos und Werbung aus. Dem Personal wird aber weiterhin jedes Jahr fast ein halber Monatslohn geklaut, weil die Umkleidezeit nicht angerechnet wird. Seit letztem September liegt die Forderung des VPOD klar auf dem Tisch: Umkleiden ist Arbeitszeit! Aber erst zwei Spitäler im Kanton haben ihre Hausaufgaben gemacht: die Schulthess-Klinik und das Kinderspital Kispil. Mit dem Universitätsspital laufen Verhandlungen, wobei ein erster Vorschlag des Spitals zurückgezogen wurde und der zweite auf heftigen Widerstand stösst. Erste Lohnklagen sind eingereicht, weitere liegen parat. | *vpod*

Eine Ferienwoche mehr: Opfikon kann's

Der Stadtrat der Zürcher Gemeinde Opfikon zeigt, dass es auch anders geht: Die fünfte Ferienwoche, die im Kanton Zürich nur nach langem Zaudern zaghaft eingeführt wird, kam in Opfikon ganz rasch und viel grosszügiger. 11. Mai: Kleine Anfrage von SP-Gemeinderat Thomas Wepf. 14. Mai: Zustimmung des Stadtrats. 28. Mai: Anpassung der Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht. 1. Januar 2020: 1 zusätzliche Ferienwoche für alle – «überfällig, wohlverdient und ein wichtiger Beitrag für attraktive Anstellungsbedingungen», wie nicht etwa der VPOD, sondern der Stadtrat (in seinem Protokoll) schreibt. | *vpod* (Foto: *roland zh/Wikimedia CC*)

Schaffhauser Klinik Belair: 120 Arbeitsplätze bedroht

Die zur Hirslanden-Gruppe gehörende Schaffhauser Privatklinik Belair hat das Konsultationsverfahren im Hinblick auf eine mögliche Betriebsschliessung eingeleitet. Der VPOD ist überrascht über das Tempo; noch vor Kurzem wurde öffentlich versichert, die Klinik sei nicht in Gefahr. Die in Aussicht gestellte Schliessung ist vor allem für die 120 Mitarbeitenden schmerzhaft, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden – auch wenn die gut qualifizierten unter ihnen problemlos eine Anschlusslösung finden dürften; der VPOD bietet allen Unterstützung an. Das Konsultationsverfahren soll aus VPOD-Sicht genutzt werden, den Weiterbestand der Klinik zu evaluieren. Falls die Schliessung kommt, braucht es einen Sozialplan, der seinen Namen verdient. Die Belair-Klinik war erfolgreich – dank motiviertem Personal. | *vpod*

Kunstmuseum Basel: Entlassene wieder eingestellt

Zwei Angestellte des Kunstmuseums Basel, die wegen ihrer Teilnahme am Frauenstreik entlassen worden waren, erhalten eine «zweite Chance». Direktor Josef Helfenstein beharrt allerdings darauf, dass ein Fehlverhalten vorliegt, weil die Abwesenheit zu kurzfristig kommuniziert worden sei und die Mitarbeiterinnen sicherheitsrelevante Aufgaben hatten. Die Entlassung hatte eine Welle des Protests ausgelöst. Den VPOD erfüllt die Wiedereinstellung mit Genugtuung. | *slt*

Der SEV, Gewerkschaft des Verkehrspersonals, wird 100 Jahre alt

Historische Weichenstellungen

Erst 100 Jahre? Die Frage ist berechtigt, denn die Eisenbahnangestellten hatten sich längst vor 1919 zu Verbänden zusammengeschlossen. Der Landesstreik brachte die Einheit. Der VPOD gratuliert der Service-public-Schwester herzlich. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

«Das ist halt historisch so gewachsen.» Diese Antwort erhält auch im VPOD häufig, wer Sinn oder Unsinn von Strukturen und Ritualen anspricht. Auch der SEV, Gewerkschaft des Verkehrspersonals, ist eine Traditionsgewerkschaft. Vorläuferorganisationen bestanden schon seit den 1870er Jahren. Erst 1919 fanden sich vier Verbände zusammen. In dieser Vorgeschichte liegt etwa auch die Erklärung dafür, dass auch noch im heutigen SEV die Unterverbände ein starkes Eigenleben besitzen.

Vergiftetes Geschenk

Zwischen einem Lokführer und einem Rangierarbeiter, zwischen dem Stationsvorstand und dem Heizer bestanden in der Frühzeit der Eisenbahn gewichtige Rang- und Milieuunterschiede – allein schon darin, wie schmutzig die Hände und Hemden bei der Arbeit wurden. Daher brauchte es mehrere Anläufe und letztlich die kollektive Erfahrung des Landesstreiks, (fast) alle Bähnler in einem Verband zusammenzubringen. Denn (fast) alle hatten in jenen Novembertagen 1918 dazu beigetragen, dass die Schweiz stillstand.

Die zentrale Figur für die Einigung und für den Beitritt des SEV zum SGB war Emil Düby. Als SP-Vertreter sass Düby ab 1917 in drei Parlamenten zugleich: im Stadtberner Stadtrat, im Grosse Rat des Kantons Bern und im Nationalrat. 1918 gehörte er als Generalsekretär des Verbandes schweizerischer Eisenbahn- und Dampfschiffangestellter dem Oltener Komitee an, das den Generalstreik organisierte. Weil er den grössten der fusionierenden Verbände vertrat, war es folgerichtig, dass er 1919 erster SEV-Generalsekretär wurde. Allerdings konnte er das neue Amt nicht lange ausüben; 1920 starb er, mit nur 46 Jahren.

Auch der Nachfolger ist eine wichtige Persönlichkeit der Schweizer Arbeiterbewegung: Robert Bratschi führte den SEV ein volles Vierteljahrhundert, bis 1945, als Generalsekretär. Er personifiziert geradezu die Integration der



Präsident Giorgio Tuti feiert die ersten 100 SEV-Jahre im Berner Kursaal.

Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in den bürgerlichen Staat, die seine Epoche kennzeichnet (später wurde er dann noch BLS-Direktor – und er präsierte 1947 die AHV-Kommission, die endlich den Weg für die AHV freiräumte). Das Beamtengesetz von 1927 war allerdings ein vergiftetes Geschenk: Es enthielt zwar eine Sicherung der Lohnanpassungen, aber auch ein Streikverbot – als Rache für den Landesstreik.

Ein eigenes Kapitel ist das Verhalten von Bahn und SEV im Zweiten Weltkrieg. Nach der jüngeren Geschichtsschreibung bleibt bekanntlich nicht mehr viel Ruhm hängen an der Schweiz: Sie hatte sich ihre Verschönerung mit Produktion und Dienstleistungen für die Achsenmächte erkaufte. Der Bahntransit spielte dabei eine wichtige Rolle. «Der SEV opponierte nicht dagegen, weil er sich damit politisch isoliert hätte und weil die finanziell angeschlagene SBB davon profitierte», schreibt Markus Fischer dazu in der SEV-Jubiläumszeitung.

Die jüngsten Jahrzehnte der SEV-Geschichte sind geprägt durch den Kampf gegen Deregulierung und Liberalisierung. Die Bahnreform,

die 1999 in Kraft trat, wurde vom SEV mitgetragen, weil die Auslagerung der Bahn einigermassen abgefedert war. Der GAV mit SBB und SBB Cargo galt ab 2001, trotzdem musste die Gewerkschaft wieder und wieder gegen Sozialabbau kämpfen, auch mit Streiks und (symbolischen) Blockaden. Als Antwort auf die Globalisierung entwickelte man den Slogan «Schweizer Löhne auf Schweizer Schienen». Aber natürlich sind die Versuche zahlreich, diesen Grundsatz zu unterlaufen. Und neuerdings muss sich die Bahn auch noch gegen Konkurrenz durch Fernbusse wehren.

Friedliche Koexistenz

SEV heisst die Gewerkschaft immer noch; seit 2009 werden die Buchstaben aber nicht mehr ausgedeutet, zugunsten der Unterzeile «Gewerkschaft des Verkehrspersonals». Mit dem VPOD gibt es viele Berührungspunkte und eine weitestgehend friedliche und partnerschaftliche Kooperation. Warum der SEV die Nahverkehrsbetriebe in der Westschweiz organisiert, während die Deutschschweizer Stadtverkehre beim VPOD sind? Auch das ist historisch gewachsen...

Ria Schärer (1924–2019) war VPOD-Präsidentin von 1970 bis 1982 – und damit die erste Frau an der Spitze einer Schweizer Gewerkschaft

«Man stellt sich zur Verfügung»

Im März konnte sie noch ihren 95. Geburtstag feiern, Ende Juni ist Ria Schärer, ehemalige Präsidentin des VPOD, in Basel gestorben. Der VPOD behält die erste Gewerkschaftsvorsitzende der Schweiz in Erinnerung als unbeirrbar Persönlichkeit und als unpräntentöse Pionierin. | Text und Foto: VPOD



Die ehemalige VPOD-Präsidentin Ria Schärer ist im Alter von 95 Jahren verstorben.

1961 stiess Ria Schärer zum VPOD; sie war Personalsekretärin bei der AHV Basel-Stadt. 1970 wählte sie der Kongress in Basel zur Präsidentin des Verbandes. «Man stellt sich zur Verfügung» war ein Film des Schweizer Fernsehens über diese Wahl betitelt, die der *Tages-Anzeiger* zu den bedeutendsten Ereignissen des Jahres rechnete. Auch die österreichische Kollegin Margarete Pechacek, die dem Kongress in Basel beiwohnte, gab ihrer Genugtuung Ausdruck: «Ich freue mich, dass ich diese Nachricht dem Frauenausschuss des Internationalen Bundes Freier Gewerk-

schaften überbringen kann.» Das Protokoll vermerkt ausserdem die Überreichung von mindestens zwei Blumensträussen und einem Bouquet.

Gewissenhaft und transparent

Dass ihre Präsidenschaft ein positives Zeichen im Hinblick auf die 1971 bevorstehende nationale Abstimmung über das Frauenstimmrecht setze, davon war Ria Schärer überzeugt. Sie sollte recht behalten. Als sie ihr Amt 1982 an Christiane Brunner weiterreichte, war der Frauenanteil im VPOD von

11 auf fast 19 Prozent gestiegen. Ria Schärer half, die nötigen Strukturen zu schaffen, etwa die nationale Frauenkommission (1979). Sie vertrat den VPOD ausserdem in der Delegiertenversammlung des SGB und im Vorstand des Föderativverbandes.

Ria Schärer war eine gewissenhafte Schafferin, die nicht ins Rampenlicht drängte. Zu den geschäftsleitenden Sekretären (Max Arnold, ab 1974 Walter Renschler) und zu den Mitarbeitenden des Sekretariats pflegte sie ein herzliches Verhältnis; auf zeitgemässe Anstellungsbedingungen auch des «eigenen» Personals legte sie Wert. Loyal und mit kritischer Solidarität begleitete sie die Bewegungsführung. Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen kehrte sie nicht unter den Teppich; eine geheime Kabinettpolitik lehnte sie ab. In einem Punkt indes war sie unerbittlich: Die gewerkschaftlichen Grundsätze des Arbeitsprogrammes des VPOD waren unantastbar. Vom Getöse des Kalten Krieges liess sie sich dabei nicht beirren: Klug und besonnen leitete sie die VPOD-Geschicke, was ihr Respekt und Anerkennung verschaffte.

Der VPOD wird Ria Schärer im Andenken behalten als eine Pionierin, die von ihrer Pionierrolle nicht allzu viel Aufhebens machte, sondern unpräntentös das Notwendige tat – und die gerade damit die Sache der Frauen wirksam vorangebracht hat.

Gustav Huonker †

Im Mai ist Gustav Huonker, Publizist, Politiker und VPOD-Kollege, in Zürich gestorben. Er wurde 96 Jahre alt; fast ein Dreivierteljahrhundert lang war er Gewerkschafter. Im Hauptberuf Sekundarlehrer, hat Huonker in Zürichs politischem und kulturellem Leben an verschiedenen Orten Spuren hinterlassen (u. a. als SP-Vertreter im Zürcher Gemeinderat und als Verwaltungsrat des Opernhauses). Bekanntheit im gesamten deutschen Sprachraum erlangte er mit der Herausgabe von

Schriften Kurt Tucholskys. Der Briefwechsel mit «Nuuna» (der Zürcher Ärztin Hedwig Müller) und die sogenannten Q-Tagebücher, die Huonker entdeckt und im Rowohlt-Verlag publiziert hat, geben Aufschluss über die letzten, düsteren Jahre Tucholskys vor seinem Suizid im schwedischen Exil. Aus Huonkers eigener Feder stammt der Band «Literaturszene Zürich», der einheimischen und exilierten Schrift-



stellerinnen und Schriftstellern ein Denkmal setzt, die zwischen 1914 und 1945 an der Limmat gewirkt haben. Für den *Öffentlichen Dienst*, die damalige VPOD-Zeitung, hat er zahlreiche Buchrezensionen verfasst. Bis zuletzt hat der Kollege an der Seite seiner Frau in Zürich gelebt – und bis zuletzt immer wieder neue Lektüre aus der Bibliothek bezogen. | *vpod* (Foto: Schweizerisches Sozialarchiv)

Mehr als eine halbe Million Menschen mobilisiert: Grösste Politdemo seit Jahrzehnten

Das war erst der Anfang

Hunderttausende Frauen und solidarische Männer waren am Frauenstreik, allein in Zürich 160 000. Es war die grösste politische Kundgebung der neueren Schweizer Geschichte. Und es war erst der Anfang.

| Text: Christine Flitner, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: Alexander Egger)

Schon im Vorfeld war das Echo riesig. Der VPOD hat in der Deutschschweiz in den vergangenen Monaten über 1000 Bestellungen verarbeitet und dabei 80 000 Flyer und 60 000 Aufkleber verteilt. Wir haben Hunderte von Mails zum Frauenstreik beantwortet und Tausende Rückmeldungen von interessierten Frauen und auch einigen Männern erhalten. Trotzdem haben wir nicht zu träumen gewagt, dass die Beteiligung so riesig sein würde: Hunderttausende auf den Strassen, Kundgebungen und Versammlungen an Orten, die noch nie eine Demo gesehen haben, unzählige kreative und kämpferische Aktionen in Stadt und Land, an den Arbeitsplätzen und in der Öffentlichkeit.

Seltsame Diskussionen

Die öffentlichen Diskussionen im Vorfeld waren zwiespältig. Zwar gab es auch von Seiten der Medien viel grundsätzliche Zustimmung zur Feststellung, dass punkto Gleichstellung Handlungsbedarf besteht. Doch wie immer, wenn Frauen Ansprüche formulieren und etwas fordern, wurde auch diesmal viel über Formfragen geredet und wenig über Inhalte: Ist Streiken eigentlich erlaubt? Ist das überhaupt ein richtiger Streik? Dürfen Männer dabei sein und warum – oh Schreck – dürfen sie nicht in der ersten Reihe laufen? Ist Streiken nicht ganz und gar unschweizerisch? Oder altmodisch? Solche Fragen wurden wieder und wieder thematisiert, während die Inhalte des Frauenstreiktags vielerorts nur am Rande vorkamen.

Der VPOD hat in der Deutschschweiz besonders auf die sogenannten Frauenbranchen Kinderbetreuung, Pflege und Lehrberufe fokussiert und zum ersten Mal auch versucht, Interessierte systematisch über die Sozialen Medien anzusprechen. Das hat sehr gut funktioniert, und wir konnten zahlreiche neue Kontakte aufbauen. Bei den Forderungen wurden wir sehr konkret: bessere Arbeitsbedingungen und einen GAV in der Kinderbetreuung, Respektierung des Arbeitsgesetzes



Kein Durchkommen in Bern: Der Frauenstreik war aber erst der Anfang.

und die Bezahlung der Umkleidezeit als Arbeitszeit in der Pflege sowie eine generelle Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungsaufgaben sowohl auf gesetzlicher wie auf betrieblicher Ebene.

Kurs in politischer Bildung

Die Deutschschweiz hat weniger Übung im Streiken als die Kolleginnen und Kollegen der Romandie. «Darf ich überhaupt streiken? Und was passiert, wenn ich es tue?», waren deshalb Fragen, die uns häufig gestellt wurden. Insofern war die Vorbereitung zum Frauenstreik auch ein grossangelegter landesweiter Kurs in politischer Bildung – ein weiterer erfreulicher Erfolg des 14. Juni (auch wenn der Unterschied zwischen einem Streik und einer Demonstration leider immer noch nicht allen Menschen klar ist – hier ist eine wichtige Aufgabe für unsere Kolleginnen und Kollegen in den Schulen deutlich geworden). – Insgesamt war die Vorbereitungsphase

äusserst beflügelnd und hat uns viele schöne Momente beschert. So viele junge Frauen interessieren sich plötzlich wieder für Gleichstellung, setzen zahllose Abende und Wochenenden ein und machen mit originellen Aktionen Werbung für ihr Anliegen. Nachdem Gleichstellungsthemen über viele Jahre hinweg vor allem die Generation 50+ bewegt haben, ist diese Erfahrung der Zusammenarbeit über die Generationen hinweg einer der schönsten Aspekte des 14. Juni.

Die grosse Beteiligung so vieler junger Frauen bei der Vorbereitung und am Tag selbst hat auch deutlich gemacht, wie sehr die Probleme denjenigen Frauen unter den Nägeln brennen, die heute am Beginn ihres Berufslebens stehen. In den nächsten Wochen und Monaten wird es darum gehen, die vielen konkreten Forderungen voranzubringen und umzusetzen, in der Politik und im Betrieb. Der Frauenstreik war erst der Anfang – jetzt wollen wir Taten sehen!

Denen, die nicht hier sind

| Text: Susi Stühlinger

Denen, die nicht hier sind,
weil sie nicht hier sein können.

Denen, die nicht hier sind.

Denen, die nicht hier sind,
weil sie auf der Flucht sind, vor Krieg und Armut und Umweltzerstörung,
zu Fuss auf nicht enden wollenden Märschen, in wackligen Booten, in den Händen von Schleppern,
gepfercht in Lager, hinter Mauern und Zäunen, fernab von zu Hause.

Denen, die nicht hier sind,
weil sie an einem Ort festsitzen, der aufgrund von Krieg und Armut und Umweltzerstörung längst nicht mehr ihr Zuhause ist.

Denen, die nicht hier sind,
weil sie ihr Zuhause nicht verlassen können, weil sie dort eingesperrt sind oder weil sie nicht unter Menschen können, weil sie Angst haben.

Denen, die nicht hier sind,
weil sie in einem Krankenhausbett liegen, weil sie Opfer von Übergriffen geworden sind oder weil die Widrigkeiten des Lebens sie krank gemacht haben.

Denen, die nicht hier sind,
weil sie die, die krank sind, pflegen – denn wenn alle die hier wären, brähe die Versorgung komplett zusammen.

Denen, die nicht hier sind.

Denen, die nicht hier sind,
weil ihnen Konsequenzen drohen.

Denen, die nicht hier sind,
weil sie bereits gestorben sind oder weil sie in diesem Moment sterben
an Hunger, an verseuchtem Wasser, an giftigen Gasen,
an ungewollten Geburten, an unzureichender medizinischer Betreuung, an mangelhaften Hygieneverhältnissen,
aufgrund von Rachsucht oder Trunkenheit oder reiner Willkür.

Denen, die nicht hier sind.

Ich bin privilegiert.

Ich bin weiss.
Ich habe einen gutbezahlten Job.
Ich bin in behüteten Verhältnissen aufgewachsen.

Ich bin privilegiert.

Ich habe Diskriminierung erlebt.
Ich habe sexuelle Belästigung erlebt.
Ich habe physische Gewalt erlebt.

Und doch: Ich bin privilegiert.

Ich habe Netze, die mich auffangen.
Ich habe Menschen, die mich bestärken.

Ich habe eine Mutter, die ich von allen Frauen auf dieser Welt vielleicht am meisten bewundere,
weil ihr all die Privilegien, die ich heute genieße, nicht zuteil wurden,
die mehr hat kämpfen müssen, als ich es jemals müssen werde.
Ich habe einen Mann, der Feminist ist, manchmal fast mehr als ich Feministin.

Ich habe Freundinnen und Freunde, die mich tragen und die ihrerseits getragen werden von ihren Freundinnen und Freunden
und Müttern und Vätern und Männern und Frauen und allen dazwischen,
oder manchmal vielleicht auch nicht,
aber immerhin doch mehr
als viele von denen,

die nicht hier sind.

Ich bin privilegiert
Wir alle, die hier sind, sind privilegiert,
privilegiert genug, um hier zu sein.
Mal ehrlich, die meisten von uns streiken nicht einmal.
Ich streike nicht.
Ich habe freigenommen und arbeite mein Pensum dann einfach ein andermal auf.
Ich bin privilegiert, weil ich das kann.

Dafür brauche ich mich nicht zu schämen. Im Gegenteil.
Denn dass ich das kann, ist das Resultat all der Kämpfe,
die die Frauen ausgefochten haben, die vor mir kamen.
Dafür bin ich unendlich dankbar.
Dafür, dass ich jene Privilegien genießen darf,
für die all jene gekämpft haben, die vor mir kamen.

Ich bin privilegiert, und das verpflichtet mich,
weiter zu kämpfen, für jene, die es nicht sind.
Das ist die Aufgabe, die uns hier zufällt,
weiter zu kämpfen, bis es keine Privilegien mehr gibt.

Denn es ist noch lange nicht so, wie es sein sollte.

Wir machen das hier, heute, jeden Tag,
und wir werden es weiter tun,
bis wir es irgendwann nicht mehr tun müssen,
bis wir irgendwann nicht mehr hier stehen müssen,
weil alle hier stehen könnten,
auch jene, die nicht hier sind.

Danke, dass ihr alle, die ihr hier seid, für genau das kämpft.

Streiken, um streiken zu können

| Text: Annette Hug

In den Tagen nach dem Streik kommen die wirklich schönen Fotos auf den digitalen Pinnwänden von Freundinnen. Die ersten Eindrücke werden gefiltert, wir ziehen ein Fazit. Nicht alle dasselbe. Fast jede Zeitung versucht sich an der historischen Einordnung. Das Beste: Gleich nach dem Frauenstreik beginnt die Umsetzung in verschiedensten Gremien. Kaum eine Entscheidung, die irgendetwas mit Frauen und Männern zu tun hat, bleibt unberührt von der Wucht dieses Aufruhrs. So kann daraus Macht werden. Und während in Parlamenten, Vorständen, in Personalkommissionen und GAV-Verhandlungen die konkreten Konsequenzen aus dem Streik formuliert und hoffentlich gezogen werden, geht das Sammeln von Bildern weiter. Denn ganz verstanden, was da abgegangen ist, haben wir noch nicht, ich jedenfalls bin noch etwas in der Schwebe.

Wie schon 1991 ist ätzend oft die Frage aufgetaucht, ob das, was Frauen da machen, überhaupt ein richtiger Streik sei. Die Frage ist ärgerlich, aber nicht blöd. Sie hat System, das heisst, sie verrät viel über das System, aus dem sie stammt.

Das erste Mal, als mir etwas von diesem System aufging, war in den Jahren vor dem ersten Frauenstreik. An den Schulen mobilisierten wir für die Abschaffung der Schweizer Armee. In diesem «Wir» gab es Helden, und das waren nur Männer. Sie sassen damals noch Gefängnisstrafen von zwei bis fünf Monaten ab, wenn sie den Militärdienst verweigerten und keine psychische Krankheit vorschoben. Weil Frauen nicht dienstpflichtig waren, konnten sie nicht verweigern, man sperrte sie also auch nicht ein. Drum fragten wir uns, wie wir dem Militär trotzdem irgendwie spürbar unsere Unterstützung entziehen könnten. Sol-

daten die Kleider nicht mehr waschen? Eine laue Idee. Erstens waren wir nicht alle heterosexuell, zweitens hatten wir keine Männer, die Militärdienst leisteten, drittens hätte das nur zu Beziehungskonflikten geführt, die den Generalstab keinen Furz interessierten. Wir gehörten nicht zum Nachwuchs für das Machtkonglomerat, das damals die Schweiz auch zivil befehligte: Kompanien und Offizierclubs, die gleichzeitig Führungskräfte für die tragenden Firmen des Landes ausbildeten und Politiker stellten. Bevor diese Führungsetagen globalisiert wurden und sich die bürgerlichen Parteien vom Staat abwandten, den sie gebaut hatten.



Am 14. Juni 2019 unterbricht die höchste Schweizerin die Sitzung des Nationalrats für den Frauenstreik. Sie ist im Dienst und setzt ihn aus. Entsprechend heftig sind die Reaktionen der SVP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier, die wohl auch keine Freude daran haben, dass die Vorsteherin der Armee auf dem Platz an der Demonstration zu sehen ist.

Dass die Kinderbetreuerinnen so sichtbar sind und wirklich streiken, ist wohl kein Zufall. In den Jahren zwischen 1991 und 2019 ist die Frage, ob Mütter weiter erwerbstätig bleiben oder nicht, wirtschaftlich immer brisanter geworden. Auch die FDP hat das Thema entdeckt. In einem Land, in dem die Bevölkerung nicht mehr viel wächst, wird es zum ökonomischen Problem, wenn ausgebildete Frauen ihr Potenzial in Kinderzimmern

und privaten Küchen verschleppen, wenn es sich in der Langeweile eines Kleinfamilienalltags langsam verflüchtigt. Ein Streik in den Kitas tut weh – im ersten Moment den Eltern, die nicht zur Arbeit gehen können, und in zweiter Linie den Betrieben, deren Angestellte quasi zum Streiken gezwungen sind. Beides macht deutlich, welchen wirtschaftlichen Gewinn Investitionen in die Kinderbetreuung befördern könnten.

Die Frauenstreiks der Zukunft werden nicht schwächer werden, wenn Frauen mehr Positionen erobern und für die Wirtschaft wichtiger werden. Im Gegenteil. Gruppen, die zentrale Positionen besetzen – zum Beispiel Pilotinnen, Lokführer –, setzen das Mittel des Streiks am wirksamsten ein.



1991 habe ich eine grosse Demo in Erinnerung und am Abend eine Disco in der Kanzleiturnhalle. Am Abend des 14. Juni 2019 ist in Zürich der halbe Kreis 4 autofrei, bis spät in die Nacht wird auf den Strassen gefeiert, gegessen, ausge-trunken. Eine Volksfeststimmung.

Auch das ist Frauenstreik: Solange die Machtetagen weitgehend von Männern beherrscht werden, bleibt es Teil des Protests, dafür zu demonstrieren, dass mehr Frauen überhaupt in die Position kommen, wirksam streiken zu können. Dieser Protest bringt die schönsten Bilder hervor: Plötzlich all diese Frauen an Orten, wo sie nicht vorgesehen sind.



Frauenstreik (von oben im Uhrzeigersinn) in Schaffhausen, in Biel und 2 x in Bern (Fotos: Christoph Schlatter, Sabine Buri, 2 x Alexander Egger).







Seite 16 im Uhrzeigersinn von oben links: Zürich, Bern, Zürich, Lausanne, 4 × Bern
(Andrea Eichmüller, Alexander Egger, Caroline Minjolle, Nora Rupp, 2 × Alexander Egger,
Karin Scheidegger, z.V.g.). Diese Seite: Zürich (oben: Roland Brunner, unten: Iris Stutz).





Und die Männer?

Es ist Frauenstreik, und man spricht mal wieder über Männer, nämlich wie sie sich zu verhalten und an welcher Stelle des Umzugs sie sich einzureihen hätten. Hinteres Drittel? Hinteres Viertel? Aber wie, um Himmels willen, bemisst man bei so unübersichtlichen Menschenmassen ein Viertel? Viele Frauen haben sich über diese Diskussion beschwert. Andererseits ist es ja nicht verkehrt, wenn Männer sich mal Gedanken machen. Zumal solche Männer, die via ihren Gewerkschaftsbeitrag zur Organisation des Frauenstreiks beigetragen haben und also auch ein Teil davon sind. Der kleine Bilderbogen auf dieser Seite ist bewusst im hinteren Drittel des Dossiers platziert. Er zeigt, dass Männer für die eine oder andere Arbeit durchaus zu gebrauchen sind. Und er bildet ab, wie säuberlich Frauen ihren Abfall um überfüllte Abfallkübel zu büscheln pflegen. | slt (Fotos: Alexander Egger)



Schaffhausen: Ein politisches Bad im kalten Rhein und bewegende Reden

Hühnerhaut und Rosenblätter

Der Frauenstreik war nicht nur in den Zentren. Stellvertretend für viele mittlere und kleinere Orte ein Bericht aus Schaffhausen: Der vom VPOD-Magazin in die alte Heimat entsandte Redaktor wird mit Rosenblättern beworfen und bekommt Hühnerhaut. | Text und Fotos: Christoph Schlatter

Cutis anserina, Dermatospasmus oder Piloerektion ist eine vom vegetativen Nervensystem gesteuerte Kontraktion der Haarbalgmuskeln, die ein Aufrichten der Körperhaare bewirkt. Man kennt die Erscheinung als Gänsehaut, in der Schweiz als Hühnerhaut; sie kann körperliche oder psychische Auslöser haben. Wohl vorab körperliche bei den drei Dutzend Frauen, die sich mitsamt ihren Pussyhats mutig ins nur gut 15 Grad warme Wasser des Rheins warfen (Foto Seite 15). Und zwar im Mannehägli der Rhybadi, im oberen Teil der ältesten Kastenbadeanstalt der Schweiz. Die reiferen unter den Schwimmerinnen erinnern sich, dass früher Frauen hier nicht zugelassen waren; sie mussten weiter unten im deutlich kürzeren Frauenhägli im Kiel- und Abwasser der Männer schwimmen.

Auch auf dem Fronwagplatz wird des zähen Ringens gedacht, das in der Schweiz jeglichem Fortschritt in der Sache der Frau voranzugehen pflegt, unter anderen von der Schaffhauser VPOD-Präsidentin Nella Marin. Ein Strassentheater illustriert die Historie mit Bildern, Trommelschlägen und Rosenblättern. Punkto Frauenrechte habe unser Land das gesamte 20. Jahrhundert hindurch das europäische Schlusslicht gebildet, beklagt Doris Schüepp, die frühere VPOD-Generalsekretärin. Punkto Kinderbetreuungseinrichtungen und -kosten sei man leider immer noch ein Entwicklungsland.

Doris Schüepp hat aber nicht nur Forderungen an Politik und Arbeitgeber auf ihrer Liste, sondern auch solche zuhänden der Frauen selbst: Organisationen von innen her umgestalten, Netzwerke bilden, Frauen wählen und unterstützen, Respekt einfordern, Vorbild sein. Und noch etwas: «Wir sollten den Diskurs weniger ideologisiert führen und anerkennen, dass Feminismus vielfältig ist.» Rotgeschminkte Lippen, hochhackige Schuhe oder die Freude am Flirt taugten nicht als Abgrenzungsmerkmal. Der gemeinsame feministische Nenner sei vielmehr der

Esther Bühler führt mit Ursula Hafner und Martina Munz den Demozug an; Doris Schüepp spricht auf dem Fronwagplatz; am Munot weht die lila Fahne.



Kampf für Bedingungen, «die es Frauen ermöglichen, ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben zu führen». Dass wir noch nicht so weit sind, wird im Votum von Susi Stühlinger deutlich. Die ehemalige VPOD-Kolumnistin und AL-Kantonsrätin widmet es «Denen, die nicht hier sind» (siehe Seiten 12/13). Ein Gänsehautmoment.

Noch einen weiteren gibt es an diesem Tag: Den Demonstrationzug führt, im Rollstuhl und begleitet von Ursula Hafner (alt Nationalrätin) und Martina Munz (Nationalrätin), die 93-jährige Esther Bühler an, die von 1979 bis 1991 die erste und bisher einzige sozialdemokratische Ständerätin aus Schaffhausen gewesen ist. Bühler war in der Schweizer Politik jener Jahre eine einzigartige Erscheinung: Sie verband ein mütterliches Wesen mit überaus scharfem Verstand und einem Kämpferinnenherzen. Und das alles, zum zümpftigen Erstaunen der Restschweiz, auf Schaffhauserdeutsch.

Während im Mosergarten, wo der Zug endet, das Fest beginnt, putzen VPOD-Männer den Fronwagplatz. Dem Vernehmen nach gehen Rosenblätter von Bsetzisteinen nicht so leicht ab.





Und zum Schluss noch dies: Üben für den Frauenstreik 2047. Oder wird's dann keinen mehr brauchen? (Fotos: Béatrice Flückiger, Margareta Sommer, Christoph Schlatter)



Arbeitsteilung neu denken

In ihrem neuen Buch, das gerade rechtzeitig zum Frauenstreiktag erschienen ist, erzählt Sibylle Stillhart aus ihrem herausfordernden Alltag als Mutter zweier kleiner Kinder. Weshalb, fragt sie, verdient sie mit ihrem lockeren 50-Prozent-Job als Kommunikationsbeauftragte gutes Geld, während es selbstverständlich ist, dass die viel anspruchsvollere Arbeit als Familienfrau gratis verrichtet wird?

Die Mehrzahl der Frauen ist heute auch nach der Geburt der Kinder erwerbstätig, allerdings meist mit reduziertem Pensum. Wenig hat sich bei den «neuen Vätern» geändert, nur einer von neun Männern arbeitet Teilzeit. Die Wirtschaft hat wegen des Fachkräftemangels ein grosses Interesse an der Arbeitskraft der Frauen. Sie sind kompetent und arbeiten zu tieferen Löhnen – während der Staat sich aus möglichst vielen Bereichen heraushalten soll. – Dass der «Ernährerlohn» ausgedient hat, ist

folgerichtig. Historisch entstand das Konzept nach dem Zweiten Weltkrieg. Er sollte gerade so hoch sein, dass eine Familie davon leben konnte. Und er diente dazu, die Gratisarbeit der Frauen zu verbergen. Mittlerweile müssen die Arbeitgeber keine Löhne mehr bezahlen, die für einen Mehrpersonenhaushalt genügen; die Preisgabe des «Ernährerlohns» hat nicht zu einer Umverteilung, sondern zur Erosion der Löhne geführt, so Stillhart.

Mit Schwung fährt Sibylle Stillhart dem Work-Life-Balance-Konzept an den Karren. Es führe dazu, dass es für Frauen selbstverständlich ist, Familie und Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen. Auch in der Stillhart-Familie steht der Papa nachts nicht auf, wenn der Nachwuchs schreit, hetzt nicht vor der Arbeit mit quengelnden Kindern in die Kita. Er geht früh aus dem Haus und kommt spät zurück. Weshalb sie sich das bieten lässt und damit zur Verfestigung der bestehenden Verhältnisse beiträgt,

können wir uns gerne fragen – oder ist es nur ein augenzwinkerndes Stilmittel?

Bereits vor vier Jahren hat Sibylle Stillhart einen Essay zum Thema publiziert, «Müde Mütter – fitte Väter»; die Inhalte überschneiden sich zum Teil. Es ist Zeit, meint sie, wieder über eine gerechte Verteilung von Geld und Arbeit nachzudenken, über Rollenmuster, eine Senkung der Erwerbsarbeitszeit und einen Lohn für alle gesellschaftlich notwendige Arbeit. Der Konsens darüber, was wir uns leisten können, muss neu ausgerichtet werden.

| Sibylle Elam

Sibylle Stillhart: «Schluss mit gratis!». Frauen zwischen Lohn und Arbeit, Zürich (Limmatverlag) 2019, 112 Seiten, 24 Franken.



Sunil Mann Eigenverantwortung

Seit geraumer Zeit geistert ein Begriff durch die Schweizer Politik. In der stramm bürgerlichen Ecke gehört er seit jeher zum Standardvokabular, doch je näher die Wahlen im Herbst rücken und endlich konkrete Positionen von den Parteien gefordert werden, desto lauter und häufiger wird er auch von ähnlich gesinnten Politikerinnen und Politikern benutzt. Ein Begriff, der auf den ersten Blick Sinn ergibt, eine Selbstverständlichkeit, würde man denken, es scheint, als fänden sich dazu keinerlei Einwände. Erst wenn man genauer hinschaut, enthüllt er seinen wahren Kern. Einen schwammigen, notabene, wie könnte es auch anders sein.

«Eigenverantwortung» heisst das magische Wort, hinter dem man sich geschickt verstecken kann, wenn man keine Lösungen zur Hand hat oder die Stammwähler nicht mit konkreten, womöglich unbequemen Massnahmen vergraulen möchte.

Auf Eigenverantwortung setzt zum Beispiel die Zuckerlobby, die mit allen Mitteln (und das sind keine geringen, wie man sich unschwer ausmalen kann) verhindern will, dass ungesunde Lebensmittel mit Warnungen in Ampelfarben gekennzeichnet werden. Obschon die Zahl der Übergewichtigen unablässig steigt und wegen der damit direkt verbundenen Erkrankungen auch die Kosten im Gesundheitswesen. Aber: andere Baustelle, jedenfalls nicht diejenige der Zuckerlobbyisten (bis auf einige sehr bedenkliche Ausnahmen). Die setzen nämlich voll auf Eigenverantwortung, weil das erstens bis anhin ganz toll geklappt hat, zweitens weil die Krankenkassen (und ihre zahlenden Versicherten) das Problem dann schon irgendwie in den Griff bekommen und drittens: Jetzt mal ehrlich, wer will schon die Hand beissen, die einen füttert? Und dass da am Ende mehr als nur ein paar Zuckerli rausschauen, dürfte wohl jedem klar sein.

Ebenfalls auf Eigenverantwortung setzt die FDP in ihrem neu geschneiderten und nicht ganz perfekt sitzenden grünen Mäntelchen. Denn wer will schon mit Verboten oder konkreten Massnahmen die

Wählerschaft verwirren? Lieber vertraut man da auf Eigenverantwortung, weil das – wir hatten es schon – bislang immer ganz super geklappt hat. Und wenn man sich ins richtige Licht stellt, merkt auch keiner, dass das Mäntelchen etwas gar kurz geraten ist, dass es an den Schultern ausbeult und dass die Nähte aussehen, als ob sie in höchster Eile und ziemlich grob gearbeitet seien.

Natürlich setzt auch die SVP liebend gerne auf Eigenverantwortung. Sei es bei Pestiziden, Insektiziden, Fungiziden und allem anderen, was unser Trinkwasser vergiftet. Der Bauer wird dann schon schauen, Verbote wären nur ein unnötiges Hindernis, und die sterbenden Bienen, mein Gott, muss man wirklich aus allem ein Drama machen? Im Notfall sollen halt die billigen Arbeitskräfte aus Polen die Blüten bestäuben, kann ja nicht so schwierig sein. Und der Staat soll Kinderkrippen subventionieren? Wozu haben wir denn Grossmütter, und sowieso, wie kommen manche Frauen bloss auf die Idee, ihre berufliche Laufbahn könnte weiterführen als bis zum Herd?

Wenn Sie also demnächst auf jemanden treffen, der vom Velo gestürzt ist und sich den Arm gebrochen hat, beim Baden in der Limmat von einer gefährlichen Strömung erfasst wird oder sich allen Warnungen zum Trotz erneut zum Nationalrat wählen lassen möchte, wenn Ihr Kind die Wespe auf dem Glace nicht gesehen hat und sein Hals nun unaufhaltsam anschwillt – dann zucken sie einfach mit den Schultern und murmeln etwas von Eigenverantwortung. Denn auf Eigenverantwortung setzen bedeutet auch, sich aus der Verantwortung stehlen.



Sunil Mann ist Krimi- und Kinderbuchautor sowie Flugbegleiter.



Neue EGÖD-Präsidentin: Mette Nord.

EGÖD-Kongress: Alte Ziele, ...

Vertreterinnen und Vertreter der Service-public-Gewerkschaften haben sich in Irlands Hauptstadt Dublin vorgenommen, ihre Anstrengungen für die Geschlechtergerechtigkeit, für gute Arbeit für alle und für die Solidarität mit Flüchtlingen noch zu verstärken. Am Kongress des Europäischen Ge-

werkschaftsverbandes öffentlicher Dienste (EGÖD) vertraten 600 Delegierte rund 8 Millionen Mitglieder, die in ihren Ländern sehr ähnliche Probleme vorfinden, wie die Berichte zeigten: Die Austeritätspolitik des vergangenen Jahrzehnts hat schwere Einschnitte in den Service public bewirkt, unter denen besonders die Frauen leiden. Aus zwei Gründen: Sie sind stärker als Männer auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen, und sie besetzen häufiger die tieferen Lohnklassen. Der Kongress verabschiedete zwei Resolutionen, die zusätzliche Anstrengungen gegen Geschlechterungleichheit verlangen und eine bessere Organisation der Frauen selbst. Den Kampf gegen Privatisierung und Profitorientierung im Gesundheitswesen wollen die Gewerkschaften ebenso fortführen, wie sie sich als Vorreiter in der Klimapolitik sehen. Die Delegierten begrüßen die Abkehr von fossilen Brennstoffen, stellen aber klar: Eine neue Energiepolitik entsteht nicht einfach so, son-

dern bedarf der Investition in Infrastruktur und Personal. Letzteres folgt nicht schönen Worten, sondern guten, attraktiven und familienfreundlichen Arbeitsbedingungen. Dass die Stärke einer Gewerkschaft von der Zahl und der Kraft ihrer Mitglieder abhängt, ist Allgemeingut. Die Anstrengungen für einen besseren Organisationsgrad müssten deshalb in den kommenden 5 Jahren noch verstärkt werden, hiess es in Dublin. | *egöd (Fotos: egöd)*

... neue Präsidentin

Der EGÖD-Kongress in Dublin hat ausserdem mit 98 Prozent der Stimmen die Norwegerin Mette Nord als Nachfolgerin für die Deutsche Isolde Kunkel-Weber (siehe Seite 24) als neue Präsidentin gewählt. Kollegin Nord ist 60 Jahre alt und Präsidentin der Gewerkschaft Fagforbundet (rund 370 000 Mitglieder), sie ist diplomierte Krankenschwester mit einem Abschluss in Gesundheitsökonomie und hat, bevor sie Gewerkschaftsprof-

Wirtschaftslektion **Negativzinsen: Was tun?**

Negativzinsen sind ein eigenartiges Phänomen. Man kriegt Geld dafür, dass man einen Kredit aufnimmt. In der Schweiz muss man dem Bund für ein Darlehen über 10 Jahre 0,5 Prozent Zins zahlen. Weltweit werden heute rund 13 Billionen Dollar an Staatsobligationen negativ verzinst. Warum das?

Rein ökonomisch gesehen ist die Erklärung nicht schwierig. Unmittelbar sind die Negativzinsen die Folge einer Geldpolitik, welche über möglichst tiefe Zinsen die Konjunktur stabilisieren oder ankurbeln will. Doch die eigentliche Ursache liegt tiefer. Negativzinsen sind Ausdruck davon, dass es viel mehr Akteure gibt, die Kredite *geben*, als solche, die Kredite *aufnehmen* wollen. Viele Länder wie Deutschland oder die Schweiz verfolgen einen Sparkurs und machen Überschüsse. Doch nicht nur der Staat spart, sondern auch viele Firmen. Sie halten sich bei den Investitionen und den Löhnen zurück und geben weniger aus, als sie einnehmen. So beispielsweise in Deutsch-

land und in der Schweiz. Bis vor 15 Jahren war das Gegenteil der Fall. Die Privathaushalte versorgten die Firmen mit Kapital, welches die Firmen in die Realwirtschaft investierten.

Die Negativzinsen sind daher in erster Linie die Folge der mangelnden Investitionsbereitschaft sowohl des Staates als auch der Privatwirtschaft. Weil zu wenig investiert wird, müssen die Zentralbanken einspringen. Konjunkturpolitisch ist das besser, als wenn gar nichts getan wird. Noch wirksamer wäre es aber, wenn die Staaten und die Firmen mehr investieren würden. In der Schweiz verhält sich der Staat allerdings komplett unvernünftig. Dank den Negativzinsen könnte der Bund mit der Kreditaufnahme sogar Geld verdienen – ohne dass er irgendwelche Risiken eingeht. Doch er baut die ausstehenden Kredite ab und häuft ein Nettovermögen an.

Damit die Zinssituation wieder ins Gleichgewicht kommt, muss wieder mehr Geld in die Realwirtschaft fliessen. Also: mehr Investitionen der öffentlichen Hand und der Firmen in die Realwirtschaft. Und höhere Löhne.

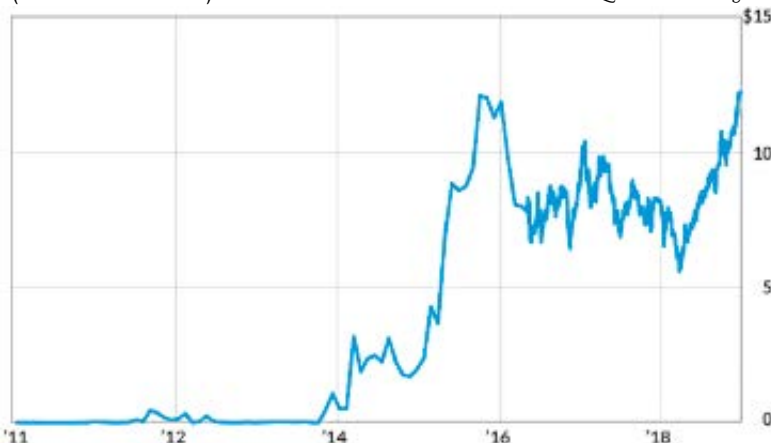
Investitionsprojekte gäbe es mehr als genug, sei es im Umwelt- oder im Bildungsbereich. Wenn der Klimaerwärmung Einhalt geboten werden soll, sind beispielsweise substanzielle Investitionen in den öffentlichen Verkehr notwendig. Denn der Privatverkehr gehört zu den grössten CO₂-Emittenten in der Schweiz. Bei den Löhnen gibt es grossen Nachholbedarf – insbesondere bei den langjährigen Mitarbeitenden und bei den Frauen.

Wichtig wäre auch, dass die Nationalbank ihre 2 Milliarden Einnahmen aus den Negativzinsen an die Altersvorsorge ausschüttet. Denn gerade den Pensionskassen bereiten die Negativzinsen grosse Sorgen. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

Ausstehende Staatsobligationen mit Negativzinsen weltweit

(in Billionen Dollar)

Quelle: Bloomberg



wurde, in einem Pflegeheim gearbeitet. Auch der wiedergewählte Generalsekretär, Jan Willem Goudriaan, weiss mit 96 Prozent eine überwältigende Mehrheit der Delegierten hinter sich. | *egöd*

Endlich Abkommen mit Kosovo

Der Nationalrat hat das Abkommen mit Kosovo über soziale Sicherheit gutgeheissen. Damit wird es den Kosovarinnen und Kosovaren, die in der Schweiz gearbeitet haben, endlich möglich, ihre Schweizer Rente auch im Ausland zu beziehen. Kosovo ist der einzige Nachfolgestaat Jugoslawiens, mit dem ein solches Abkommen gefehlt hat. Seit 1. April 2010 werden AHV-Renten an kosovarische Staatsangehörige nur ausbezahlt, wenn diese in der Schweiz Wohnsitz haben. Mit Inkrafttreten des neuen Abkommens wird die Problematik für die Zukunft behoben sein. Die Unia verlangt, dass für die Zeit des vertragslosen Zustands Nachzahlungen erfolgen. | *unia*

Plattform für Nachhaltigkeit

Die Plattform Agenda 2030 ist ein Zusammenschluss von mehr als 40 zivilgesellschaftlichen Akteuren; sie will die Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz begleiten, womit extreme Armut und Hunger auf der Welt beendet werden sollen. Aus Sicht der Plattform ist dazu die Strategie Nachhaltige Entwicklung (SNE), die der Bundesrat bis Ende Jahr verabschieden will, ebenso notwendig wie Massnahmen auf kantonaler Ebene. Neue Leiterin der Plattform wird Eva Schmassmann (Alliance Sud); als neue Vorstandsmitglieder wurden Martin Leschhorn Strebel (Medicus Mundi) und Luca Cirigliano (SGB) gewählt. | *pd*

Verdi: Kritik am Roten Kreuz

Schluss mit Wettbewerbsvorteilen durch Tieflohne: Dass das deutsche Bundeskabinett einen flächendeckenden Tarifvertrag für die Betagtenpflege gutgeheissen hat, wird von der



Altes EGÖD-Ziel: Gleichstellung.

Gewerkschaft Verdi positiv bewertet. Gleichzeitig richtet die Dienstleistungsgewerkschaft allerdings scharfe Kritik an die Adresse des Deutschen Roten Kreuzes, das sich dem neu gegründeten Zusammenschluss «Arbeitgeber in der Pflegebranche», der den Tarifvertrag mit Verdi aushandeln soll, nicht angeschlossen hat. | *verdi*

Wer war's? Schwarze Stimme

Jazz-Ikone Billie Holiday zum Beispiel: Wenn sie mit weissen Musikern auftrat, musste sie den Dienstboteneingang und den Warenlift benutzen. Auch die Anfänge von Ella Fitzgerald spielten sich – fast zwangsläufig im rassistischen Amerika der letzten Jahrhundertmitte – in Kaschemmen, Bordellen und kriminalitätsaffinen Hinterzimmern ab. Schwarzen Sängerinnen im klassischen Fach ging es nicht besser: Den Dirigenten Bruno Walter erreichten Morddrohungen, als er den Solopart in Brahms' Altrhapsodie Marian Anderson anvertraute. Das war 1936 in Wien. Zum ersten Auftritt einer schwarzen Sängerin an der Mailänder Scala kam es 1953, 1955 zog die Metropolitan Opera nach. Aber noch 1961 schäumte ein Teil der Öffentlichkeit, als Wagners Tannhäuser in Bayreuth von einer schwarzen Venus in Gestalt von Grace Bumbry verlockt wurde.

Auch Frau X., die heute gesucht wird, hat eine Biografie, wie sie für vor dem Zweiten Weltkrieg in den USA geborene Afroamerikanerinnen typisch ist. Für die frühe Begegnung mit der Musik sorgt die Methodistenkirche, an welcher die Eltern predigen und musizieren. Eigentlich will sie Konzertpianistin werden. Dass sie es nicht an die Musikhochschule schafft: Liegt es an ihrem Vorspiel (es wurden 1951 dort nur 3 von 72 Anwärterinnen und Anwärtern aufgenommen)? Oder an rassistischen Vorurteilen, wie sie es später darstellt? Jedenfalls verdient sie Geld als Barpianistin, bis der Betreiber des Etablissements von ihr auch Gesang verlangt. Sie singt also. Und fängt zu komponieren an. In ihren Kreationen finden sich Elemente aus Jazz, Blues, Folk, R&B, Gospel und Pop. Die Klavierintros lassen auch später noch den gepflegten Anschlag der klassischen Pianistin erkennen, die ebenso gut und federnd auch Bachs Wohltemperiertes Klavier spielen könnte.

In den 1960er Jahren wurde die Sängerin zu einer wichtigen Stimme der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Dem Glanz ihrer

Auftritte entsprach ihr privates Leben nicht, wohl auch aufgrund einer bipolaren Störung, an der sie litt (und die auch der Grund gewesen sein dürfte für zwei dramatische, aber nicht letale Vorfälle mit Schusswaffen). Zunehmend ruhelos pendelte sie zwischen den USA, Barbados (wo sie eine Affäre mit dem Premierminister hatte), Liberia und Europa. Dass einer ihrer Songs in einem Kosmetik-Werbespot Verwendung fand, gab ihrer Karriere nochmals Schub. Zwei Tage vor ihrem Tod erhielt sie ein Ehrendiplom jenes Konservatoriums, von dem sie einst abgelehnt worden war.

Für die Wettbewerbsteilnahme gibt es kein Diplom, aber im besten Fall einen Büchergutschein (100, 50 oder 20 Franken). Dazu bitte den (Künstler-)Namen der Sängerin auf eine Postkarte schreiben und diese einschicken an: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. Die Sommerferien schieben den Einsendeschluss auf den 21. August. | *slt*

Es war Maria Sibylla Merian

Indem sie im Sommer 1699 mit einem Kaufmannsschiff zu Surinams Schmetterlingen fuhr, war sie eine der ersten weiblichen Forschungsreisenden der Geschichte: Maria Sibylla Merian (1647–1717). Zwar war ihre ursprüngliche Motivation für das Zeichnen, Kupferstechen und Kolorieren von Insektenbildern eher eine besinnliche als eine wissenschaftliche. Dennoch wurde ihr Werk – die Darstellung von «Sommervögelein» in allen Stufen der «Verwandlung» und mit ihren «Speisen» – wegweisend: Es zeigte die Insekten, die zuvor meist als Quantité négligeable betrachtet wurden, im Detail und in ihrem biologischen Zusammenhang. Gutscheine für Sommerlektüre haben Angelika Marti (Basel), Daniel Gelzer (Ostermündigen) und Albert Mauerhofer (Zürich) errungen. | *slt*

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 22. Juni 2019

Die Delegiertenversammlung hat

- von einer verhalten positiv zu beurteilenden Entwicklung der Mitgliederzahlen Kenntnis genommen.
- die Jahresrechnung 2018 des Verbandes und seiner unselbständigen Institutionen, die mit einem Verlust von rund 314 000 CHF schliesst, gutgeheissen und den Finanzplan 2020/2021 zur Kenntnis genommen. Auch Tätigkeitsberichte und Rechnung 2018 der VPOD-Stiftungen (Ferienwerk, Sterbekasse und Interpretenhilfsfonds) wurden zur Kenntnis genommen, ebenso der Bericht über die Kollektiv-Krankenversicherung.
- über den Frauen*streik 2019 mündlich eine erste, positive Bilanz gezogen.
- die Kampagne gegen STAF Revue passieren lassen.
- das Positionspapier 1 («VPOD: Stark im Betrieb – stark in der Aktion») zuhanden des Kongresses verabschiedet. Der Antrag betreffend die Verbandsbeiträge wurde gemäss den am letzten Kongress beschlossenen Formulierungen angepasst.
- in den Verbandsstatuten zwei Präzisierungen zuhanden des Kongresses gutgeheissen. In Art. 19 Abs. 1 wird neu festgehalten, dass Regionalpräsidentinnen und Regionalpräsidenten aus dem Kreis der aktiven Mitglieder stammen müssen; in Art. 34 bis Abs. 2 wird der Verweis auf ein (inexistentes) Reglement der Koordinationskonferenz getilgt, dafür wird aber deren Funktion als Informations- und Koordinationsorgan zwischen dem Zentralsekretariat und den Regionalsekretariaten explizit gemacht.

Stefan Giger, Generalsekretär

VPOD-Landesvorstand vom 28. Juni 2019

Der Landesvorstand hat

- die Mitgliederentwicklung gewürdigt.
- diskutiert, wie der grosse Erfolg des Frauen*streiks 2019 in gewerkschaftliche Aktivitäten und Mitgliedschaften umgewandelt werden kann.
- das neue Reglement der VPOD-Region Luftverkehr und jenes der VPOD-Region Ticino ratifiziert.
- über die jüngsten Entwicklungen in der Pensionskasse des Kantons Genf und in der VPOD-Region Genève gesprochen.

- von einer Einigung der Sozialpartner in der BVG-Revision Kenntnis genommen.
- die Gästeliste für den VPOD-Kongress bereinigt.
- die Traktandenliste für die Delegiertenversammlung des Verbandes vom 14. September provisorisch festgelegt.

Stefan Giger, Generalsekretär

Rote Köpfe

Dienstag: SRF-Club (u.a. mit Kontrahentin Doris Fiala, FDP). Freitag: Frauenstreik (mit 499 999 anderen). Am Montag ins «Talktäglich» von TeleZüri (zur Seite: Fiala). Und von dort direkt ins Triemli, weil das neue Erdenbürgerchen, Sohn der **Natascha Wey**, VPOD-Zentralsekretärin, ans Licht drängt. **Eli Richard** ist da, gesund und munter wie die Mutter (und der Vater, der WOZ-Redaktor Dinu Gautier). Erste Aufnahmen zeigen: Das Kind ist sehr herzlich ausgefallen. Der VPOD gratuliert und hofft insgeheim, dass der Bub schon recht bald recht selbständig wird, damit sein Mami wieder wie gewohnt zur Arbeit kommen kann.

Isolde Kunkel-Weber ist am Kongress in Dublin von ihrem Amt als Präsidentin des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den öffentlichen Dienst EGÖD zurückgetreten (siehe auch Seite 22). Kunkel kam 2001 in den Verdi-Bundesvorstand. 2002 war sie Mitglied der «Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsplatz» – besser bekannt als Hartz-Kommission. Dafür wurde die Kollegin oft und teilweise unfair angegriffen, obwohl sie stets betonte, dass die Kommission vernünftige und soziale Vorschläge gemacht habe. Diese seien dann von der Regierung Schröder zur Unkenntlichkeit entstellt, zum Sparen missbraucht und in das Disziplinierungssystem «Hartz IV» verwandelt worden. 2015 trat Isolde Kunkel aus dem Verdi-Vorstand aus, um sich ganz der europäischen Gewerkschaftspolitik zu widmen, aus der sie sich jetzt ebenfalls verabschiedet.

Lauter Linksautonome am Frauenstreik? Die einst als Bundesratskandidatin gehandelte CVP-Nationalrätin **Elisabeth Schneider-Schneiter** sah Tiefrot in der SRF-Arena und wollte die Kundgebung in die extreme Ecke



schieben. VPOD-Präsidentin **Katharina Prelicz-Huber**, die in Zürich mit 160 000 Leuten auf der Strasse war, konterte gekonnt: «So viele Linksautonome haben wir gar nicht in Zürich.» Kurz zuvor hatte man Prelicz-Huber auch in der Hauptausgabe der ARD-Tagesschau sehen können. Dort bringen sie nur die wirklich bedeutenden Ereignisse und Personen.

Am 1. Juli dieses Jahres konnte Kollege **Heinrich Lüssi** seinen 100. Geburtstag feiern. 1947 trat er als Maschinenzeichner der Gruppe Technische Angestellte dem VPOD Zürich Städtische bei. 1984 wurde er beim EWZ pensioniert. Erst vor Kurzem hat er den eigenen Haushalt aufgegeben und ist in die Nähe der Tochter nach Lachen (Schwyz) gezügelt. Er freut sich an seinen Enkel- und Urenkelkindern und überhaupt über Besuch; seine lebensbejahende und grossherzige Art hat er bis heute bewahrt. Der VPOD wünscht dem treuen Kollegen alles Gute.

Eine Rochade gibt es im Vorstand des VPOD Region Bern, wo Präsidentin Karin Thomas und Vizepräsidentin Stephanie Dübi zu ersetzen waren. Die neue Präsidentin



Tanja Bauer, Politikwissenschaftlerin, sitzt für die SP im Grosse Rat, arbeitet beim Gesundheitsamt des Kantons Freiburg und sagt von sich: «In einer mehrsprachigen Familie zuhause (Bärendütsch und Französisch), Wahlwabererin, entschlossen, offen, überzeugte Menschenfreundin, Mutter dreier Kinder, ausdauernde Jasserin, Biergourmet...» **Natalie Imboden**, ebenfalls neu im Vorstand, kennen langjährige Mitglieder noch als VPOD-, später als SGB-Sekretärin. Die Kollegin ging dann zur Unia und arbeitet heute als Generalsekretärin des Mieterinnen- und Mieterverbands.

Im VPOD-Regionalsekretariat Luzern folgt auf Martin Wyss **Viviane Hösli**. Die gelernte Buchhändlerin arbeitete zuvor als politische Sekretärin beim Aargauischen Gewerkschaftsbund und in den letzten zwei Jahren als Geschäftsführerin von ArbeitAargau.

Und schliesslich ersetzt **Renate Schoch** in der Unia-Geschäftsleitung die zurücktretende Corinne Schärer. Die 54-jährige Kommunikationsexpertin war bei mehreren



NGO und zuletzt bei Postfinance tätig. | slt (Fotos: egöd, Bundesversammlung, zVg, unia)

Eine juristische Analyse bestätigte die Einstufung der Kollegen im neuen Lohnsystem

Ermessenssache

Die juristische Abklärung ergab, dass ein Rekurs gegen die Einordnung der Stelle im neuen Lohnsystem keinen Erfolg haben würde. Immerhin wissen die VPOD-Kollegen jetzt: Ihre Leistung und ihr Verhalten hatten im Verfahren keine Rolle gespielt. | Text: Sabine Braunschweig (Foto: bradleyebdon/iStock)

Verdiene ich, was ich verdiene? Die Frage der Lohngerechtigkeit ist immer aktuell; der Frauenstreik vom vergangenen 14. Juni hat ihre Virulenz erneut unter Beweis gestellt. Auch ist kein Ende absehbar: Es muss immer und immer wieder aufs Neue geprüft werden, ob die Einreihung von Berufen in einem Lohnsystem

noch mit der Realität übereinstimmt. Wird der Lohn der Ausbildung und dem Anforderungsprofil gerecht? Der Verantwortung? Der physischen oder psychischen Belastung? Höchst anspruchsvoll ist ein solches Projekt, wenn es sich um die Lohnneinreihung aller Angestellten im öffentlichen Dienst handelt – wie der vorliegende Fall zeigt.

Sozialpartner involviert

Weil sich in den letzten Jahrzehnten die Arbeitswelt und somit auch die Berufe und Ausbildungen stark gewandelt haben, entschieden die Behörden, sämtliche Stellen neu zu bewerten und den heutigen Rahmenbedingungen anzupassen. Sie wollten alle Positionen in ein zukunftsgerichtetes System überführen und die interne Lohngerechtigkeit auf der neuen Grundlage wiederherstellen. Alle Arbeitsstellen wurden daher punkto Inhalt, Aufgaben, Zielen, Anforderungen und Fähigkeiten

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

schriftlich beschrieben und in Beziehung zu anderen Stellen gesetzt.

In einem Schema wurden die typischen Anforderungen aufgelistet. Zu den Kriterien gehörten Selbstständigkeit, Flexibilität, Kommunikationsfähigkeit, Kooperations- und Teamfähigkeit, Führung, Wissen, Kenntnisse sowie Beanspruchungen und

Arbeitsbedingungen. Auf der Basis dieser Stellenbeschreibungen wurde ein Zuordnungsvorschlag ausgearbeitet, den die Verantwortlichen der Departemente und öffentlich-rechtlichen Institutionen prüften und – bei unterschiedlicher Meinung – im Gespräch bereinigten. Schliesslich hatte die oberste Behörde die Zuordnungsvorschläge zu genehmigen. Beim ganzen Prozess waren auch die Sozialpartner involviert.

Der Arbeitgeber war überzeugt, alle Stellen korrekt und im Sinne der internen Lohngerechtigkeit zugeordnet zu haben. Dabei hatte er das bisherige Bewertungs- und Lohnsystem nicht völlig auf den Kopf stellen müssen. Eine Anpassung des Lohngesetzes war nicht notwendig gewesen. Einige VPOD-Kollegen waren jedoch mit ihrer neuen Einreihung nicht einverstanden. Für diesen Fall war ein Rechtsmittel vorgesehen: die Anforderung einer angefechtbaren Verfügung und die Einreichung

einer Einsprache. Diese sollte ersichtlich machen, warum die Stelle einer anderen Lohnklasse zugewiesen werden müsse. Das probierten die Kollegen – aber ohne Erfolg. Der Regierungsrat wies die Einsprache auf Empfehlung der paritätischen Überföhrungskommission ab – mit ausführlicher Begründung.

Zurückhaltende Gerichte

Der VPOD-Sekretär fragte daher bei der Rechtsschutzabteilung um Kostengutsprache an. Ein Vertrauensanwalt sollte klären, ob ein Rekurs Aussicht auf Erfolg habe. Nach sorgfältiger Analyse kam der Jurist jedoch zu einer negativen Einschätzung: Die Chancen, einen Prozess zu gewinnen, veranschlagte er mit Blick auf Rechtslage und Rechtsprechung als gering. Im Allgemeinen, so schrieb er, hielten sich die Verwaltungsgerichte zurück, wenn es um die Korrektur von Ermessensentscheiden gehe. Sie griffen nur im Ausnahmefall ein, dann nämlich, wenn die zugrundeliegende Argumentation sichtbar unsachlich oder unvernünftig war.

Nach dieser Beurteilung zogen die Kollegen ihren Rekurs zurück. Natürlich waren sie enttäuscht, dass es bei der für sie weniger günstigen Einordnung ihrer Stelle blieb. Immerhin sagte ihnen die unabhängige Zweitmeinung, dass keinerlei persönliche Merkmale – weder Arbeitsleistung noch -verhalten – in die Neubewertung eingeflossen waren. Der Entscheidung kann und muss im Rahmen der gegebenen Konstellation als «objektiv» gelten.

Mit ihrer Einordnung im neuen Lohnsystem waren nicht alle Mitarbeitenden zufrieden.



Roma und andere Minderheiten im Kosovo haben schlechten Zugang zur Gesundheitsversorgung

Das kürzere Leben

Im Kosovo gibt es dramatische Unterschiede in der Lebenserwartung, je nach ethnischer Zugehörigkeit. Romnja und Roma und deren anverwandte Minderheiten haben oft keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung.

| Text: Illir Hoxha und Cyrill Rogger (Foto: Vedat Xhymshiti)

Um die Gesundheit von Halil Berisha steht es schlecht. Der Vater von zehn Kindern hatte bereits drei Herzinfarkte. «Die monatliche Sozialhilfe von 65 Euro deckt nicht einmal die Kosten für meine Medikamente», erzählt er. Halil Berisha lebt in Plemetin, 15 Kilometer westlich der Hauptstadt Pristina und unweit zweier veralteter Kohlekraftwerke, die Kosovo mit Strom versorgen. Der 55-Jährige gehört zur ethnischen Minderheit der Romnja und Roma. Zusammen mit den Aschkali und den Kosovo-Ägypterinnen machen die Angehörigen dieser Gruppe 2 Prozent der kosovarischen Bevölkerung aus; als RAE werden sie zusammengefasst. Ihre Lebenserwartung liegt bei 60 Jahren – 11 Jahre tiefer als im kosovarischen Schnitt. Der Bildungsstand ist tief, der Zugang zur Gesundheitsversorgung schlecht, und Fehlernährung kommt häufig vor.

Hohe Hürden

Die Hürden für medizinische Versorgung beispielsweise sind hoch. Der gesetzlich vorgeschriebene Selbstbehalt hindert RAE-Angehörige am Arztbesuch. Staatliche Impfprogramme erreichen nur 3 von 10 Kindern der RAE-Gemeinschaften. Und laut einer Studie des Solidar-Projekts Kosana wird nicht einmal die Hälfte der Schwangeren aus RAE-Gemeinschaften medizinisch betreut – bei den übrigen angehenden Müttern im Kosovo sind es 97 Prozent.

Ethnien im Kosovo

Obwohl Kosovo-Albanerinnen und Kosovo-Albaner mit 88 Prozent die überwiegende Bevölkerungsmehrheit im Kosovo stellen, ist das kleine Land, das um seine völkerrechtliche Anerkennung ringt, weiterhin ein Vielvölkerstaat. Aus der serbischen Volksgruppe sind seit dem Kosovokrieg viele nach Serbien aus- oder zurückgewandert; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt derzeit noch bei 7 Prozent. Zu den 5 Prozent der übrigen Minderheiten gehören die türkische, die



Halil Berisha hat kaum Chancen, seine Herzprobleme kurieren zu können.

Diese Ungleichbehandlung verstösst gegen das Gesetz. Dieses legt seit 2004 fest, dass alle Bewohnerinnen und Bewohner im Kosovo, insbesondere auch Minderheiten, Anspruch auf medizinische Versorgung haben. Doch viele RAE-Angehörige besitzen keine gültigen Papiere, weshalb ihnen der Arztbesuch ver-

wehrt werden kann. Sprachbarrieren, hohe Transportkosten und mangelndes Vertrauen ins medizinische Personal sind weitere Gründe, warum auch im Krankheitsfall keine medizinische Hilfe geholt wird.

Zwar ist die Einführung einer Krankenkasse geplant, deren Prämien nach Einkommen gestaffelt sein sollen. Das soll allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung von hoher Qualität garantieren. Doch das Reformprojekt der Regierung ist ins Stocken geraten. Solidar Suisse bleibt dran und setzt sich mit diversen Aktivitäten weiterhin für eine Gesundheitsversorgung für alle ein. Bis gesetzliche Massnahmen zu greifen beginnen, fördern wir die Gesundheit der ethnischen Minderheiten mit Informationsveranstaltungen, mit der Beratung von Schwangeren und mit der Organisation von Impfprogrammen.

Riccardo Dalla Corte, Forstwart-Vorarbeiter, Leiter Pflanzgarten Üetliberg, Grün Stadt Zürich

Eibenwerbung

Ein Forstwart, der sich nicht nur für Bäume, sondern auch für Menschen ins Zeug legt, ist Riccardo Dalla Corte. Die langsam wachsende Eibe lehrt ihn Geduld. | Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Die Eibe, ein immergrüner Nadelbaum, hat in der Schweiz nur geringe Bedeutung (0,2 Prozent der Waldfläche). Ausser im Üetlibergwald. So viele Eiben wie an den steilen Hängen über der Stadt Zürich findet man sonst nirgends. Das ist kein Zufall. In Zürich wird die Eibe bewusst gefördert – als einer der Bäume, die für die Klimaerwärmung besser gewappnet sind als etwa Buche oder Fichte. Die Eibe erträgt einiges an Wetterkapriolen, bloss plötzlicher Starkfrost nach bereits fröhlicheren Temperaturen bekommt ihr nicht.

Der Förster: ein wortkarger Eigenbrötler, der höchstens mit seinen Bäumen spricht? Die Begegnung mit Riccardo Dalla Corte revidiert das Bild gründlich. Der Leiter des Pflanzgartens im Waldrevier Uetliberg ist ein kommunikativer junger Mann, der geradezu ins Schwärmen kommt, wenn man ihn nach seinen Schützlingen befragt. Eben den Eiben. Von der langen Lebensdauer spricht er (Eiben können 1000 Jahre und älter werden). Von der erdgeschichtlichen Hartnäckigkeit (Eiben haben die Dinosaurier und sämtliche Eiszeiten überlebt). Und vom schönen Holz, das infolge des langsamen Wachstums zugleich hart und biegsam ist. Namentlich für Pfeilbogen war es darum gesucht. Grün Stadt Zürich umkleidet damit USB-Sticks (USB 2.0; 16 GB; 20 CHF). Muss man haben!

Drei natürliche Feinde

Wie zaghaft so ein Eibenkind heranwächst, belegen die verschiedenen Jahrgänge der Sämlinge und Setzlinge, die uns der Kollege im Pflanzgarten zeigt. Selbst die 3-Jährigen gucken bestenfalls fingerlang aus dem Erdreich. Und während eine Tanne nach 10 Jahren einen raumhohen Weihnachtsbaum abgibt, könnte man unter einer gleichaltrigen Eibe «Stille Nacht» höchstens im Liegen intonieren. Aus diesem Grund werden am Üetliberg auch Fichten sowie Blau- und Nordmantannen gezogen, die dann als Christbäume in die Stuben kommen. Der Verkauf von Setzlingen und von Brennholz ist eine weitere Einnahmequelle.

*Langsames Wachstum,
gefragtes Holz:
Riccardo Dalla Corte
und seine Eiben.*



Trotz seines freundlichen Wesens besitzt Riccardo Dalla Corte einige natürliche Feinde. Zu ihnen zählt der Dickmaulrüssler, ein Käfer, der schon als Larve an Baumwurzeln zu knabbern pflegt. Und das Reh, das nur zu gerne den jungen Wuchs verbeisst, auch denjenigen der Eibe. Denn das Gift, an dem Mensch und Pferd leicht sterben, tut ihm nichts. Im Gegenteil: Mutmasslich wird es davon sogar ein wenig high. Ein Zaun schützt – allerdings nicht vor den Raben. Es war kein Zufall, dass ein Pulk Krähen von den umstehenden Wipfeln aus das Stecken von Nussbäumen den ganzen Tag lang live mitverfolgte. Am Montag darauf waren nur wenige – nämlich die tauben – Nüsse übrig, der Rest ausgebuddelt und gefressen oder in geheime Vorratskammern verbracht. Riccardo Dalla Corte arbeitet in seinem Pflanzgarten ausschliesslich mit Zivildienstleistenden und Menschen aus Integrationsprogrammen. Nach langer Erwerbslosigkeit – etwa infolge eines Suchtproblems oder wegen einer psychischen Beeinträchtigung – sollen sie über diese Zwischenstation wieder in den Arbeitsmarkt zurückfinden. «Sie müssen hier arbeiten wollen», sagt der Kollege, an-

ders gehe es nicht. Dann aber laufe es meist gut, obwohl es viel körperlich strenge Arbeit gibt. Der Pflanzgarten bietet nicht bloss eine verlässliche Tagesstruktur und die Chance, sich mit seinem Werk zu identifizieren, sondern auch einen Chef mit offenem Ohr. Die Weiterbildung zum Arbeitsagogen wäre ein möglicher nächster Schritt.

Lange Zeiträume

In den VPOD ist der Kollege eingetreten, weil man ihm – gut so! – bereits in der Lehre gesagt hat, dass sich das gehört. Aber natürlich auch, weil er ein politisch denkender Mensch ist. Ungerechtigkeiten im Dickicht der betrieblichen Zeit- und Überzeitwirtschaft stören ihn, ebenso fehlende Systempflege bei der Stufeneinreihung. Aber noch mehr empört ihn die Schiefelage dieser Erde. Den realexistierenden Kapitalismus, der alles in Geld verwandeln will, sieht er für die Rettung des Planeten entschieden als Hypothek. Aber wenn einer einen langen Horizont hat, dann ist es der Forstwart als solcher: Die Eiben jedenfalls, die Riccardo Dalla Corte gezogen hat, werden erst nach seinem Tod ihre volle Grösse erreichen.

ANGEBOT „GOLDMINE“



CHF 250.- p.P. im Doppelzimmer Standard CHF 270.- p.P. im Doppelzimmer Superior

Im Preis inbegriffen:

- 2 Übernachtungen im Doppelzimmer
- 2 x Frühstücksbuffet
- 2 Abendessen (3-Gang-Auswahlmenü)
- 2 Eintritte im Schwimmbad (Mitte Mai bis Mitte September)
- 1 geführte Besichtigung der Goldmine
- 1 Bustransfer Sessa-Goldmine und zurück
- W-LAN
- Parkplatz



Folgen Sie uns auf 



Hotel Ristorante i Grappoli • 6997 Sessa Tel. 091 608 11 87 • info@grappoli.ch • www.grappoli.ch

AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

VPOD Bildungspolitik Nr. 212 ist soeben erschienen



Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich dem Thema «Digitalisierung – Herausforderung für den Schulunterricht».

VPOD Bildungspolitik

Seit über 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

Kontakt und weitere Informationen unter:

redaktion@vpod-bildungspolitik.ch
www.vpod-bildungspolitik.ch
VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretär: Stefan Giger

Redaktion: Christoph Schlatter | slt

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach 8279, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 10-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
gdz AG, Zürich

Auflage: rund 20000 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52
Fax 044 266 52 53
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

